9. Jahrgang. Nr. 9. Hamburg, 28. Februar 1903.

Deutsche Bäcker-Zeitung

Offizielles Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg 23), Marxstraße 27.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Erscheint jede Woche Sonnabends. —— Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Kollegen Deutschlands!

Die erste dringendste Pflicht eines jeden Kollegen, der es ehrlich mit sich und seinen Nebenmenschen meint, ist es, seiner Berufsorganisation, dem Verbande der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands beizutreten, der heute bereits in über 100 Städten Deutschlands seine Mitglieder hat und ein fester Schutzwall gegen die Willkür und Unterdrückung unserer Arbeitgeber ist.

Der Verband bezweckt: Bessere Gestaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen der Bäckereiarbeiter, Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber und Beseitigung der Nachtarbeit in unserem Berufe, Regelung der Arbeitsvermittelung und des Herbergswesens, sowie Einschränkung der übermäßigen Lehrlingszüchterei und allgemeine Bildung und Erziehung der Mitglieder durch regelmäßige Vorträge in Versammlungen und Beschaffung von lehrreichen Büchern.

Das Eintrittsgeld in den Verband beträgt 50 Pfg., der wöchentliche Beitrag 40 Pfg.

Dafür gewährt der Verband den Mitgliedern folgendes: Die wöchentlich erscheinende Fachzeitung „Deutsche Bäckerzeitung" wird den Mitgliedern gratis geliefert.

Jedes Mitglied des Verbandes, welches 3 Monate dem Verbande angehört und seine Beiträge entrichtet hat, ist berechtigt, Rechtsschutz in gewerblichen und solchen Streitigkeiten, welche sich auf das Unfallversicherungs-, Haftpflicht-, Alters- und Invaliditätsversicherungs- und Krankenversicherungsgesetz beziehen, oder in welche sie in Folge ihrer Verbandsthätigkeit gerathen, wie auch bei Anklagen wegen Verfehlungen gegen § 153 der Gewerbeordnung, zu verlangen.

Nach 6monatlicher Mitgliedschaft erhält das arbeitslose Mitglied, welches sich auf die Reise begiebt, in jeder Zahlstelle 1 Mk. Reiseunterstützung bis zur Gesammthöhe von 20 Mk. im Jahre.

Außerdem gewährt der Verband Arbeitslosenunterstützung bis zur Dauer von 42 Tagen im Jahre unter folgenden Bedingungen:

Nach 52wöchentlicher Mitgliedschaft pro Tag Mk. 1.—
„ 156 „ „ „ „ „ 1.20
„ 260 „ „ „ „ „ 1.50

oder an Mitglieder, welche 3 Jahre Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung nicht beanspruchten, im Erkrankungsfalle (Erwerbsunfähigkeit) pro Tag 1 Mk. Krankenzuschuß, desgl. im Sterbefall eines Mitgliedes an dessen Frau oder Kinder nach 156wöchentlicher Mitgliedschaft ein Sterbegeld von 30 Mk., nach 260wöchentlicher Mitgliedschaft 50 Mk.

Der Verband leistet also den Mitgliedern in allen Nothfällen Unterstützung, deshalb werdet Mitglieder desselben.

Der Verbandsvorstand. J. A.: O. Allmann.

Ein sozialpolitisches Wettrennen.

Von Brutus.

Wenn man es sonst nicht wüßte, daß die Reichstagswahlen vor der Tür stehen — sie werden bekanntlich Mitte Juni stattfinden — so würde man es unbedingt an dem eifrigen sozialpolitischen Drängen des in den letzten Zügen liegenden Reichstags merken. Die herrschenden Parteien haben die Arbeiterklasse in den letzten fünf Jahren derartig über den Löffel barbiert und ihr besonders durch den Zolltarif so große Lasten aufgepackt, daß die weitesten Kreise der Arbeiter anfangen stutzig zu werden. Da ist es denn höchste Zeit, wieder in Arbeiterfreundlichkeit zu machen, um das Volk, „den großen Lümmel", durch Sirenengesänge in den Schlaf zu lullen. Das böse Gewissen treibt die herrschenden Parteien dazu, sich durch sozialpolitische Anträge und Anregungen wieder die Gunst des „armen Mannes" zu erwerben.

Der Arbeiter, als Massenwähler, spielt ja bei den Reichstagswahlen eine wichtige Rolle, und darum wird er heutigen Tages von allen Parteien eifrig umworben. Dem „Bruder Arbeiter" wird in solch plumper Weise Honig um den Bart geschmiert und der Stimmenfang wird in solch offenkundiger Weise getrieben, daß ein ehrlich denkender Mensch von Ekel erfaßt wird, wenn er dies Gaukelspiel beobachtet. Wenn es nicht so traurig wäre, so wäre es zum Totlachen, den krampfhaften Anstrengungen der Zollwucherer zuzusehen, die tagaus tagein im Reichstage ihr „warmes Herz für die Arbeiter" auf den Tisch des Hauses legen.

Besonders das Zentrum spielt neuerdings in diesem sozialpolitischen Konzert die erste Flöte und sucht sich überall hervorzudrängen. Es ist dies kein Wunder, denn das Zentrum ist in vielen städtischen Kreisen auf die Stimmen der Arbeiter angewiesen und muß befürchten, daß es viele Arbeiterwähler verlieren wird, da es sich in der Zollwucherdebatte sehr schlecht benommen hat. Es hat sehr viel auf dem Kerbholz und ohne sein Zutun wäre der Zolltarif nie und nimmer in solcher Höhe durchgegangen, wie es tatsächlich geschehen ist.

Der Abgeordnete Trimborn aus Köln, der im Rufe eines großen Sozialpolitikers steht, hatte in der Etatsberatung die schwierige Aufgabe übernommen, die Zentrumspartei weiß zu brennen und ihren Verrat an den Interessen der Arbeiter zu beschönigen. Sein Antrag, die Arbeitszeit der jugendlichen Personen unter 18 Jahren und der Arbeiterinnen überhaupt auf 10 Stunden täglich gesetzlich zu beschränken, bot ihm die Gelegenheit hierzu. Zunächst erzählte er wieder das alte Märchen, daß die Konsumenten höchstens ein Drittel des Zolles zu tragen hätten; wer die anderen zwei Drittel bezahlt, verschwieg er. Das Gegenteil ist wahr: die Konsumenten haben nicht nur den ganzen Eingangszoll zu zahlen, sondern sie haben auch die durch den Zoll erhöhten Inlandspreise zu zahlen. Das ist ja der ausgesprochene Zweck des Schutzzolles, die Preise der inländischen Waren in die Höhe zu treiben und dadurch die inländischen Betriebe ertragreicher zu machen. Wenn die Trimbornsche Behauptung richtig wäre und die ausländischen Produzenten resp. Händler den größten Teil des Zolles trügen, so würde dieser Zweck ja völlig vereitelt werden. Hoffentlich sind die deutschen Arbeiter nicht so dumm, auf derartige ultramontane Vorspiegelungen hereinzufallen; an ihrem eigenen Geldbeutel würden sie es merken, daß sie beschwindelt worden sind.

Der Zentrumsredner sang sodann ein Loblied auf die sozialpolitischen Leistungen seiner Partei, der er das Hauptverdienst zuschrieb an der „segensreichen Entwickelung der deutschen Sozialpolitik". Mit dem hohlen Pathos, der ihn so vortrefflich kleidet, schloß er folgendermaßen: „Wir verlangen für die Arbeiter Berufsvereine, eine größere Bewegungsfreiheit auf öffentlich-rechtlichem Gebiete und auf privatrechtlichem Gebiete die Anerkennung der Rechtsfähigkeit. Der Arbeiterstand hat heute das berechtigte Streben nach Gleichberechtigung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Soweit sich dies Streben auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung bewegt, ist es durchaus nur anzuerkennen, ja, als kulturfördernd zu begrüßen. So lange die Regierungen auf diesem Gebiete nicht zu ernstlichen Reformen übergehen, haben sie sich nicht auf die Höhe der kaiserlichen Botschaft erhoben und werden sie das Vertrauen der Arbeiter nicht erwerben. Der Herr Reichskanzler hat neulich erklärt, der sozialpolitische Gedanke habe bei uns so tief Wurzel gefaßt, daß von einem Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht die Rede sein könne. Nur müsse die Bewegung eine gesunde, normale sein, keine überhastete, krankhafte. Von dieser Erklärung nehme ich Akt. Auch wir wünschen keine überhastete, krankhafte Entwickelung, aber unbeschadet dieses Vorbehalts wünschen meine Freunde doch, daß die Sozialpolitik der Regierung getragen sein möge von dem großen Zug, von der freudigen Tatkraft, wie sie im Anfang der achtziger und neunziger Jahre die Sozialpolitik der verbündeten Regierungen belebt hat. Wir wünschen, daß die Ziele, wie sie in dem Februarerlaß zum Ausdruck gekommen sind, in absehbarer Zeit verwirklicht werden. Ich glaube, wenn in Frankreich die Regierung am Ende des 18. Jahrhunderts zu Gunsten des dritten Standes mit einem solchen Programm hervorgetreten wäre, wie es in den kaiserlichen Februarerlassen zu Gunsten des vierten Standes enthalten ist, dann wäre die französische Revolution dem französischen Volke und der französischen Monarchie erspart worden. Wer weiß, ob nicht die Februarerlasse einst den Maßstab abgeben werden für die Beurteilung der sozialpolitischen Wirksamkeit der Regierungen und der Parteien in Deutschland am Anfang des 20. Jahrhunderts. Wir hoffen, diese Prüfung zu bestehen. Wir werden weiter fortarbeiten wie bisher, zum Segen des Vaterlandes!"

So viel Worte, so viel Phrasen! Der Redner, der kurz vor den Wahlen so begeisterte Lobreden hält auf die Sozialpolitik, vergißt ganz, daß seine Partei, die sich mit Stolz „die ausschlaggebende Partei des deutschen Reichstages" nennt, es bislang noch stets unterlassen hat, ihren ganzen Einfluß dazu zu benutzen, das Wohl der deutschen Arbeiter auch durch die Tat zu fördern. Er mußte sich deshalb auch von den sozialdemokratischen Rednern manch bittere Wahrheiten sagen lassen, die mit Recht von einem Arbeiterfang sprachen, der seitens der Zentrumspartei getrieben würde.

Die Bemühungen der Ultramontanen ließen natürlich die „Arbeiterfreunde" unter den Freisinnigen nicht schlafen. Die Abgeordneten Rösicke und Dr. Pachnicke brachten deshalb einen Antrag ein, worin die verbündeten Regierungen ersucht werden, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den im § 152 der Reichsgewerbeordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet wird, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderungen der Gesetzgebung zu richten. Der Begründer dieses Antrages, Abgeordneter Rösicke-Dessau, machte in seiner Rede manche treffende Bemerkung und behauptete mit aller Bestimmtheit, daß die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern nur auf dem Papier stehe, daß man aber im praktischen Leben nichts davon merke.

Die Zentrumspartei setzte im Laufe der Debatte ihre Sozialdemagogie munter fort. Der Abgeordnete Dr. Jäger stellte einen Antrag, daß die Regierung den Bau von Arbeiterwohnungen energisch fördern solle, und der Abgeordnete Stötzel, der Renommierarbeiter des Zentrums, beantragte über den Kopf seines Fraktionskollegen Trimborn hinweg einfach den zehnstündigen Arbeitstag für alle, also auch die erwachsenen Arbeiter. Dieses Wettrennen um die Gunst der Arbeiter veranlaßte den Sozialdemokraten Wurm zu folgender Bemerkung: „Wir wissen ja ganz genau, was es zu bedeuten hat, wenn jetzt vor den Wahlen Herr Trimborn und ein Teil seiner Freunde mit sozialpolitischen Anträgen kommen, die sie längst vorher hätten verwirklichen können, wenn sie ernstlich gewollt hätten. Wir haben Ihnen (zum Zentrum) wiederholt Gelegenheit gegeben, nicht nur mehr, sondern auch das, was Sie jetzt wollen, zu erreichen. Aber gerade die Zentrumsfraktion hat uns Sozialdemokaten immer bei der sozialen Gesetzgebung im Stich gelassen. Alle die Forderungen, die Sie jetzt nachträglich mit Ihrem Stempel versehen, sind von uns schon längst gestellt worden. Nach den Wahlen ist es wieder anders. Da haben die Herrn Frhr. v. Hertling und Genossen, die Vertreter der kapitalistischen Interessen, die Oberhand. Sie hoffen, die katholischen Arbeiter, die wegen Ihrer Zollpolitik zu rebellieren anfingen, damit wieder einzufangen. Jeder Arbeiter aber kann es sich an den Fingern abzählen, was Herr Trimborn bestritt, daß die Zollerhöhung ihm 13 ℳ nimmt und die Witwen- und Waisenversorgung nur 1 ℳ bringt. Es hat Ihnen gewiß unangenehm in den Ohren geklungen, daß in Düsseldorf und überhaupt am Rhein Protestversammlungen seitens der katholischen Arbeiter gegen das Zentrum abgehalten wurden, daß dort das Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes sagte: „Wenn bei dem Konzert in Berlin unsere Posaunen nicht mehr recht klingen, so tun wir ein neues Mundstück darauf und schicken einen neuen Mann in den Reichstag." Herrn Trimborn wird es nicht gerade angenehm sein, daß er nun der alte, abgetane Mann sein soll. Weil Sie nun kurz vor den Wahlen mit Ihren Anträgen gekommen sind, haben wir nun auch unsere von Ihnen oft abgelehnten Initiativanträge als Resolution wieder eingebracht, damit man wieder ein Hüben und Drüben sehen kann, damit klar zu Tage tritt, wer für ernsthafte Sozialpolitik eintritt und wer „man so tun" will, wie der Berliner sagt."

Der sozialdemokratische Redner ging mit der heuchlerischen Zentrumssippe ganz unbarmherzig ins Gericht und ist es deshalb nicht zu verwundern, daß „der große Sozialpolitiker" Trimborn wutschnaubend darauf erwiderte: „Allerdings, wir verhetzen nicht, sondern wir treten der Verhetzung, wo wir sie finden, mit aller Entschiedenheit, allem Nachdruck und allem Mut entgegen! Unser Volk sollen Sie nicht verhetzen!

Wir sind objektiv aus Achtung vor dem Volke! Wer gegenüber dem Volke diese Objektivität nicht beobachtet, den verachtet das Volk! Unsere Organisationen sind keine Kampforganisationen, wie Abg. Wurm das von den sozialdemokratischen erklärt hat. Mit diesem Worte ist klar die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften erwiesen, deren letztes Ziel nicht der Kampf, sondern die Versöhnung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist. Es ist gegenüber unseren Anträgen von jener Seite (zu den Sozialdemokraten) sogar der Ausdruck „Heuchelei" gefallen. Ich nenne absichtlich keinen Abgeordneten, damit ich fortfahren kann, daß eine derartige Ausdrucksweise eine ganz nichtsnutzige Verdächtigung ist! Ihre (zu den Sozialdemokraten) Drohungen mit den Wahlen lassen uns vollkommen kalt. Alle unsere Positionen sind vollständig gesichert: die Zollposition — rennen Sie (zu den Sozialdemokraten) nur dagegen an, Sie werden sich blutige Köpfe holen, die sozialpolitische und endlich unsere christlich-religiöse Position — an dieser Mauer werden Sie sich Ihre Köpfe einrennen! Sie ist ganz uneinnehmbar, da beißen Sie auf Granit! Also: auf Wiedersehen bei den Wahlen!"

Gut gebrüllt, Löwe! Nun, die Wahlen werden den Herren vom Zentrum schon den Beweis erbringen, daß ihre Position nicht uneinnehmbar ist. Der Zentrumsturm ist bereits bedenklich ins Wackeln gekommen, es kracht an allen Ecken und Enden — wie lange wird es noch währen, dann stürzt er in sich zusammen. **Die Arbeiter sind keine Gimpel mehr, die sich von den ultramontanen Vogelstellern in ihre Netze und auf ihre Leimruten locken lassen!**

Sklaven!

Daß wir Sklaven der Arbeit, oder auch Sklaven der Backstube genannt werden, hat seine Berechtigung, denn die wirklichen Sklaven früherer Zeiten dürften kaum so viel, auf keinen Fall aber noch in schlimmerer Weise ausgebeutet und ausgemergelt worden sein, als der Bäckereiarbeiter von heute, der in 12- bis 15stündiger regelmäßiger Nachtarbeit, Sonntags wie Werktags, für den profitwütigen Bäckermeister zu frohnden hat! Daß wir aber „Sklaven der Partei" sein sollen, das hatte bisher wohl noch kein Kollege geträumt, und das Verdienst, diese funkelnagelneue Entdeckung gemacht zu haben, gebührt dem Organ der Berliner Germania-Innung!

Und die Ursache, welche die Herren in jenem Redaktionsstübchen dazu trieb, diese neueste Entdeckung zu machen, ist in der trefflichen Antwort zu suchen, welche unsere Berliner Kollegen den Herren von der Innung auf deren Komödiantenrufe nach ärztlicher Untersuchung aller in Arbeit tretenden Bäckergesellen gab, nämlich die:

„Die Gesellen werden die ärztliche Untersuchung annehmen, wenn die Meister die nachstehenden Forderungen erfüllen:

1. Abschaffung von Kost und Logis im Hause des Meisters. 2. Strengste Einhaltung des Maximalarbeitstages und der Sonntagsruhe. 3. Jährlich mindestens viermal stattfindende Kontrolle jeder Bäckerei durch Beauftragte, die je zur Hälfte aus Bäckermeistern und -Gesellen bestehen; die Beauftragten der Gesellen sind von diesen in öffentlicher Versammlung zu wählen. 4. Aerztliche Untersuchung jedes bei einem Bäckermeister in die Lehre tretenden jungen Mannes und weitere periodische, staatlich geregelte Untersuchung."

Diese treffende Antwort hat die Herren aus ihrer behaglichen Ruhe aufgeschreckt! Sie hatten sich so sehr daran gewöhnt, die „ärztliche Untersuchung" gewissermaßen als Blitzableiter für alle Schuld der Bäckermeister an der vorhandenen mangelhaften Einrichtung und Unsauberkeit in den Bäckereien zu benutzen und rechneten sicher darauf, daß die Gesellen diese „ärztliche Untersuchung" auch jetzt wieder kurzerhand ablehnen würden, damit dann die Spiegelfechter der Innung vor dem Publikum sich mit ihrem guten Willen und dem von Gesellenseite leider abgelehnten Radikalmittel brüsten konnten. Aber nun ist es damit nichts mehr, denn auch das letzte Feigenblatt ist ihnen nun entrissen worden; darauf gingen die Herren hin und entdeckten die „Sklaven der Partei"!

Und nun orakeln die alten „ehrwürdigen Häupter" in ihrem Leibblatt also weiter:

„Ueber die Köpfe der Gesellen hinweg und direkt gegen deren Willen erheben die Führer hier Forderungen, die im Interesse ihrer Auftraggeber wohl liegen mögen, nimmermehr aber im Interesse der Gesellen, als deren Anwälte sie sich aufspielen.

Im höheren Interesse der sozialdemokratischen Partei liegt es jetzt wieder, eine Hetze gegen das Bäckergewerbe zu inszenieren, und von den höheren Interessen der Partei einzig und allein diktiert, sind die alten, oft schon als haltlos gekennzeichneten Forderungen nach Beseitigung von Kost und Logis usw. Die Bäckermeister sollen der Politik geopfert werden, so läßt sich das ganze Treiben am besten charakterisieren. Die Sozialdemokratie hat sich bei den Rabatt-Sparvereinen und Konsumgenossenschaften engagiert, weil sie danach trachtet, neue Massen in Abhängigkeit zu bekommen. Sie will den selbständigen Meistern die Kundschaft abjagen und diese den genossenschaftlichen Bäckereien zuführen. Daraus der Feldzug gegen den „Schmutz in den Backstuben", die Alarmierung des Gewerbegerichtsausschusses und die Ausbeutung der Ergebnisse dieser „Untersuchung". Die Sozialdemokratie braucht aber weiterhin neue Reklamen für die Wahlschlacht und freiwillige Helfer für ihre Wahlagitation. Dazu sind die Bäckergesellen gut genug, meint man, die körperlich aufreibende Wahlarbeit zu machen. Welche Ersparnisse für die sozialdemokratische Parteikasse, wenn Tausende von jungen Leuten die freie Zeit in den Tagesstunden anstatt zum Schlafen für die Zwecke der Partei verwenden. Ob diese an ihrer Gesundheit Schaden leiden, ist Nebensache: Der Zweck heiligt das Mittel! Also: Abschaffung der Kost und Logis beim Meister.

Haben die Gesellenführer den traurigen Mut, eine einfache hygienische Maßnahme im Interesse des guten Rufes des Bäckergewerbes von der Erfüllung solcher Forderungen abhängig zu machen, so sind sie gänzlich umgewandelt, wenn es sich um Parteiunternehmungen handelt. Mißstände in Genossenschaftsbäckereien werden erfahrungsgemäß immer nur ruhiger, wenn die Brüderlichkeit, was nicht ausbleibt, ein Loch bekommt und stets gegen den Willen der Führer.

Wir sind überzeugt, daß den maßgebenden Personen die allerbedenklichsten Mißstände aus sozialdemokratischen Betrieben bekannt sind; das sieht sie nicht an, darüber schweigt man fein sauberlich still, man will doch die Partei nicht schädigen. Hier mag der Schmutz turmhoch liegen bleiben — man jagt desto eifriger dem Stäubchen nach, das sich bei diesem oder jenem Meister finden mag!

Aber vielleicht irren wir uns! Auf dem nächsten Kongreß in Magdeburg im Mai d. J. will der sozialdemokratische Gesellenverband die Frage der Konsum- und Genossenschaftsbetriebe behandeln, bezw. die sanitären und technischen Einrichtungen sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesen Unternehmungen. Da wird also wohl das Strafgericht über jene Genossenschaftsleiter hereinbrechen, die nach dem Zeugnis der eigenen Angestellten schlimmer sind wie die kapitalistischen Ausbeuter? Ach nein, die sozialdemokratischen Bäckergesellenführer können auch anders. Man höre nur, was ihr Organ zu diesem Punkt zu sagen weiß. In der verschrobenen sozialdemokratischen Gelehrtensprache wird die Hoffnung ausgesprochen, „eine Basis herbeizuführen, auf der durch die gegenseitigen Funktionäre ausbrechende örtliche Streitigkeiten in friedlicher Weise zum Nutzen beider beteiligten Körperschaften beigelegt werden können".

Wie höflich und bescheiden gegen Genossen und wie grob und herausfordernd gegen die Meister? Und warum das? Die Antwort ist dem Titel des Artikels gegeben. Es sind Sklaven der Partei. Nicht das Wohl und Wehe des Handwerks, sondern der Parteigötze ist es, nach dem sie sich richten, zu dem sie wie verzückt aufschauen und dem sie ihre gesamte Kollegenschaft opfern möchten!"

Wenn sich jetzt nicht alle Berliner Gesellen aus den Armen der „Sklaven der Partei" frei machen und in die alleinseligmachenden Fittiche des Herrn Bernard zurückeilen, dann ist ihnen in der Tat nicht mehr zu helfen, so gründlich hat es der Artikelschreiber den „Sklaven der Partei" einmal wieder gesagt! — Also die oben angegebenen alten Minimalforderungen der Berliner Kollegen, für deren hauptsächlichste diese bereits im Jahre 1889 gestreikt und die sie seitdem alljährlich in Dutzenden von Versammlungen einmütig wiederholt haben, sollen „nimmermehr im Interesse der Gesellen liegen"? Wer diese innungsmeisterliche Weisheit nicht glaubt, der bezahlt 'nen Taler! — Aber diese Ueberhebung der Herren, die sich anmaßen, ganz allein zu entscheiden, was im Interesse der Gesellen liegt oder nicht, zeigt uns wieder so recht, wie denselben die Bevormundung der Gesellen in allen Fragen in Fleisch und Blut übergegangen ist, sodaß sie sich garnicht denken können, die Gesellen könnten sich erdreisten und selbst bestimmen, was in ihrem Interesse liegt oder nicht!

Aber es kommt noch saftiger: „Die Bäckermeister sollen der — Fleischnot geopfert werden, hätten wir bald fälschlich zitiert in dem uns immer vorschwebenden Gedanken, daß dieser dann zum großen Teile abgeholfen wäre, soweit es sich um das Schweinefleisch nämlich handelt — nein „der Politik sollen die Bäckermeister geopfert werden!" Herr, dunkel ist der Rede Sinn, und diesen zu erklären, dazu kann nur ein bäckermeisterlich verkleistertes Gehirn imstande sein! Und dieses Gehirn kommt auch gleich mit seiner Erklärung, nämlich: Die Sozialdemokratie hat sich bei den Rabattsparvereinen und Konsumgenossenschaften engagiert und diesen will sie Kundschaft verschaffen, deshalb müssen die Bäckermeister durch die Hetze gegen die Bäckereischweinereien zu Grunde gerichtet werden. — Dieser Speach zeigt, wie außerordentlich politisch „aufgeklärt" das Blatt seine Leser, die Berliner Innungsmeister einsteht, denen es wagt, solchen Blödsinn vorzusetzen. Und diese Leser werden diesen Mist auch mit dem nötigen Wohlbehagen verzehren!

Aber immerhin muß man gestehen, daß das Blatt sich von einer Nummer bis zur anderen großartig zu übertrumpfen weiß. Eine Woche vorher hat es seiner Freude Ausdruck gegeben, daß der Rabattsparverein keine Bäckereien mieten kann, um das verlangte Gebäck in genügender Menge herzustellen, und jetzt soll auf einmal die Sozialdemokratie bestrebt sein, diesem Verein noch mehr Kunden zu verschaffen. Wie reimt sich das zusammen? — Nach dem salomonischen Urteil dieses Blattes soll Kost und Wohnung beim Meister nur beseitigt werden, damit Tausende junger Leute (Bäckergesellen) die körperlich aufreibende Wahlarbeit unentgeltlich machen können! Der Artikelschreiber kann sich jedenfalls gar nicht hineindenken, daß diese Arbeit von unseren Kollegen auch verrichtet wird, wo sie noch Kost und Logis beim Meister haben. Er zeigt damit, daß er bei der letzten Wahl — wohl hauptsächlich aus Aerger über den kläglichen Reinfall des Bäckermeisterkandidaten Bernard — und auch bei früheren Wahlen die Zeit verschlafen hat, denn sonst müßte er wissen, daß auch da schon in Berlin und allen anderen Städten Tausende unserer Kollegen mit an der Wahlarbeit beteiligt waren, woran sie Kost und Logis beim Meister nicht hinderte, und dieser Umstand wird sie auch bei der diesjährigen Wahl an ihrer Pflichterfüllung nicht hindern.

Neben dem Verzapfen seiner Weisheit kann aber der Artikelschreiber noch etwas anderes; er kann Gras wachsen hören! Er ist überzeugt, „daß den maßgebenden Personen die allerbedenklichsten Mißstände aus sozialdemokratischen Betrieben bekannt sind"! Dessen ist der Mann überzeugt, weil er sich gar keine Bäckerei ohne bedenkliche Mißstände denken kann, und deshalb vermutet er auch in Genossenschaftsbetrieben „turmhohen Schmutz", weil er sich ohne diesen gar keine Bäckerei vorstellen kann, so eng ist nach seiner Meinung die Bäckerei mit dem Schmutz verwachsen. Und solche Betriebe einmal selbst in Augenschein zu nehmen, dazu war er entweder zu faul, oder es graute ihm davor, auch einmal eine Bäckerei ohne den nach seiner Meinung dazu gehörigen Schmutz zu sehen.

Aber der gute Mann kann sich beruhigen! Wäre wirklich daran zu denken, daß auch in solchen Betrieben Mißstände vorhanden sind, wir würden sie bedeutend schneller beseitigen, als es uns gelingt, aus den schweinernen Backstuben der Innungsmeister die Schmutzereien auszumerzen!

Wenn der Herr ehrlich sein wollte, so müßte er zugeben, daß wir bisher auch kein Blatt vor den Mund genommen haben, wenn es sich darum handelte, in solchen Betrieben unsere Rechte zu vertreten, allerdings hatten wir bisher noch in keinem dieser Betriebe nötig, Schmutzereien zu beseitigen, weil solche eben darin nicht einreißen konnten.

Und zum Schluß möchten wir dem Herrn raten, wenn er schon meint, wir sind „Sklaven der Partei", dann möge er sich diese seine Erfindung patentieren lassen und lasse uns „Sklaven der Partei" sein. Wir wünschen aber nicht, daß er ein Sklave des Schmutzes der Bäckerei bleiben möge, was er bisher war, weil er sich keinen Betrieb ohne diese ekelhafte Zugabe denken kann, sondern wir hoffen, daß auch er sich bald von diesem Schmutz emanzipiere, wenn's ihm auch schwer fällt!

Die Einstellung von Arbeitskräften nach Konsum-Bäckereien.

Bei der immer mehr und mehr zunehmenden Entwickelung des Genossenschaftswesens machen wir jetzt öfter als früher die Beobachtung, daß eine große Anzahl solcher Genossenschaften zur Eigenproduktion übergehen. Sie werden das wohl in erster Linie für den Zweig tun, wo für ihre Mitglieder die größten Vorteile herauszuholen sind, und das dürfte wohl ohne weiteres auf die Eigenproduktion von Brot und Backwaaren zutreffen. Wir sehen deshalb, daß eine große Anzahl solcher Betriebe sich im Bau befinden, während die Errichtung solcher in einer großen Anzahl Genossenschaften beschlossene Sache ist. Daß auch wir diesen Betrieben besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben, liegt wohl außer allem Zweifel, weil dieselben wesentlich zur Weiterentwickelung unserer Organisation beigetragen haben und ihren Arbeitern Lohn- und Arbeitsverhältnisse bieten, wie sie heute in Privatbetrieben ausgeschlossen sind.

Nun muß es wohl eigenartig berühren, uns namentlich als Freunde und Förderer des Genossenschaftswesens, wenn die Leiter der Genossenschaften und Konsumvereine uns bei der Einstellung von Arbeitskräften gar nicht berücksichtigen oder wenig Vertrauen entgegenbringen. Die erste Einwendung, die in solchen Fällen gemacht wird, ist: „Wir müssen vor allen Dingen unsere Mitglieder berücksichtigen." Die Berechtigung dieses Einwurfs könnte man ohne Weiteres gelten lassen, wenn sie nicht schließlich obendrein Schäden für die Betriebe selbst im Gefolge hätte. Würde man heute ohne Weiteres diesem Prinzip huldigen, nur Mitglieder einzustellen, so könnte das unter Umständen recht unangenehme Folgen haben. Ohne jemanden zu nahe zu treten, darf man es wohl als erwiesen bezeichnen, daß die Mehrzahl dieser Mitglieder, soweit unsere Kollegen als solche in Frage kommen, seit längerer Zeit nicht mehr im Beruf tätig sind, weil die traurigen Verhältnisse im Gewerbe es denselben unmöglich machten, weiter darin zu verbleiben. Gewiß, auch diese Kollegen haben das Bedürfnis, schließlich wieder mal in geregelten Verhältnissen im erlernten Beruf tätig zu sein. Dem Kenner der Verhältnisse ist wohl aber klar, daß beim längeren Ausscheiden aus dem Beruf dem Arbeiter Fachkenntnisse und vor allen Dingen Fertigkeiten abgehen; da nun fast in den meisten Fällen solche Bäckereien mit allen möglichen technischen und maschinellen Hülfsmitteln ausgerüstet werden, so erfordert dies eine um so intensivere und exaktere Arbeitsweise, als das bei den früheren primitiven Bäckereieinrichtungen der Fall war. Wenn nun jemand seit langer Zeit aus dem Beruf ist, so wird es ihm um so schwerer sein, sich an derartige Neueinrichtungen, die er früher weder gesehen noch gekannt hat, einzuarbeiten. Die Folge davon wird sein, daß es an manchem hapern wird und die Genossenschaft Schaden erleidet durch das erzielte schlechte Produkt. Fast alle Verwaltungen dürfen wohl bei Inbetriebsetzung ihrer Bäckereien die Beobachtung gemacht haben, daß im Laufe der ersten Zeit sich manche Mängel herausstellen, umsomehr wird das eintreten, wenn man sich von dem Grundsatz leiten läßt, nur Mitglieder einzustellen, die jetzt lange Zeit außerhalb des Berufes stehen.

Auch einige Worte über die praktischen Leiter dieser Betriebe, seien es Backmeister, Oberbäcker oder wie sie sonst heißen mögen. Auch hier ist man vielfach der Ansicht, daß sich dazu nur gewesene Bäckermeister, die vielleicht in ihrer Existenz Malheur gehabt haben, am besten eignen. Doch auch das dürfte verfehlt sein. Ich will auf die Rückständigkeit, welche diesen Leuten in bezug auf Genossenschaftswesen usw. anhaftet, gar nicht eingehen, weil das bereits einmal eingehend in unserem Fachblatt erörtert ist, aber meiner Ansicht nach werden die Verwaltungen gut tun, sich für diese Posten Leute zu versichern, die vielleicht in einem solchen Großbetrieb längere Zeit beschäftigt und dort praktische Kenntnisse gesammelt haben; es genügt nicht, wenn solcher Leiter vielleicht ein ganz tüchtiger Arbeiter ist, ihm aber auf der anderen Seite die Umsicht und das Anstellungsvermögen abgeht, denn gerade diese zwei Faktoren sind es, welche in einem solchen Betriebe eine vorteilhafte Herstellungsweise des Produktes, Zeit- und unter Umständen auch Geldersparnis für die Genossenschaft bedeuten.

Da nun unsere Arbeitsnachweise stets in der Lage sind, tüchtige und brauchbare Arbeitskräfte zu vermitteln, die auch mit den ortsüblichen Verhältnissen vertraut sind, sollten die Verwaltungen in Zukunft nicht zögern, bei der Einstellung von Personal nur die Organisation in Anspruch zu nehmen. Schreiber dieses war als Gauvorsteher für Sachsen und Thüringen schon oft in der Lage, nach den verschiedensten Konsumvereinen Arbeitskräfte zu senden und zwar jedes Mal zur vollständigen Zufriedenheit der betreffenden Verwaltungen.

Auch auf noch etwas muß ich verweisen und das betrifft die Einrichtung solcher Betriebe; auch hier würden sich vielfach die Verwaltungen nichts vergeben, sondern nur dabei profitieren, wenn man unsere an den einzelnen Orten befindliche Vertrauenspersonen mal um Rat oder Auskunft als Fachleute angeht. Wie oft stellen sich, wenn der Betrieb fertig gestellt ist, Mängel heraus, die dann nur mit großen Geldkosten oder gar nicht mehr geändert werden können; zum Schaden der Genossenschaft selbst oder auch mal der Arbeiter, die in diesen Anlagen arbeiten, während das durch fachmännischen guten Rat verhindert werden könnte.

Auch hier machte Schreiber dieses vor kurzem die Erfahrung in einem Betriebe, daß etwas total verkehrt angebracht war; jetzt ist diese Verwaltung davon überzeugt, daß hier ein guter Rat etwas wert gewesen wäre; ändern läßt sich's nun aber nicht mehr. Also für uns kann es sich nicht nur darum handeln, hineinreden zu wollen, aber profitieren können die Genossenschaften nur davon!

Daß nun auch unsere Verwaltungsmitglieder in den einzelnen Zahlstellen bestrebt sein müssen, unseren Kollegen genossenschaftlichen Geist beizubringen und sie weiterzubilden auf diesem Gebiet, halte ich für selbstverständlich. Hier wird eingewendet werden: Ja, unsere Kollegen, für die hat es gar keinen Wert, Mitglieder eines Konsumvereins zu werden, weil sie ja zum größten Teil noch in Kost und Logis beim Arbeitgeber sind. — Dem ist nicht so; eine ganze Anzahl Konsumvereine führen auch heute schon alle erdenklichen Gebrauchsartikel als Kleider, Schuhe usw. und sind unsere Kollegen wohl in der Lage, diese zu konsumieren und so der Genossenschaft zu nützen. Ja aber auch da benützt man die Ausrede, die man auch noch von manchem alten Genossenschaftler hört: „Ach was; in den Artikeln ist keine Auswahl im Konsum!" Nun gewiß; jeder Einzelne soll bestrebt sein, alle seine Bedürfnisse in der Genossenschaft zu decken, dann wird ohne Weiteres jede Verwaltung in der Lage sein, bei genügender Nachfrage auch für Auswahl sorgen! Wenn sich so beide Teile ergänzen, und unterstützen, dann wird das zum Wohle und Nutzen beider, der Organisation und der Genossenschaften sein!

K. Jahl-Dresden.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung des Verbandstages in Magdeburg.

Schomerus schreibt in seinem Buche über das Kleingewerbe und zwar speziell über unseren Beruf: „Ueberall ist der Kleinbetrieb die herrschende Betriebsform. Nur in den Städten, in denen Konsumvereine eine eigene Bäckerei errichtet haben, findet ein Kampf zwischen Groß- und Kleinbetrieb statt, in denen ersterer siegreich bleibt". Gewiß für jeden, der die Verhältnisse kennt, ganz selbstverständlich, denn je mehr es dem Konsumenten klar wird, — und der Konsument ist

in diesem Falle der Arbeiter — daß die Brotproduktion in eigener Regie nur Vorteile für ihn bietet, muß auch naturgemäß die Zahl der Konsum- und Genossenschaftsbäckereien zunehmen. Gleichzeitig wird aber auch der Kampf zwischen dem konzentrierten Kapital des Konsumenten und dem des Kleinhandwerkers, also der Bäckermeister, ein verschärfter. Für uns nun, die wir auf beiden Seiten interessiert sind, kann diese Erscheinung nicht spurlos vorübergehen, und sind wir deshalb verpflichtet, rechtzeitig in die Räder der Entwickelung einzugreifen, um derjenigen Partei zur Seite zu stehen, welche dem Zeitgeist entsprechend moderne Betriebsformen angenommen hat.

Daß es nun auch in sanitärer wie technischer Beziehung in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien an manchem mangelt, auch daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu wünschen übrig lassen, kann nicht hinweggeleugnet werden, aber dazu ist eben wieder die Gewerkschaft da, die hier verbessernd und veredelnd, aber energisch eingreifen muß. Hauptsächlich bei Neueinrichtungen ist man an leitender Stelle so ziemlich geneigt und bemüht, die Bäckereien möglichst den Forderungen der Hygiene anzupassen, aber nur allzu oft, das muß hier gesagt sein, folgt man dabei zu sorglos den Urteilen gewisser Fachleute, welche leider selber kaum das ABC der Hygiene kennen. Hat man dann einen solchen Betrieb fertiggestellt, so ist er ein echter Schwitzkasten für die Arbeiter geworden. Auf eine dann aufgeworfene Frage: warum solche Schnitzer gemacht wurden, heißt es dann an kompetenter Stelle: „Ja, wir haben die Meister gefragt!" Gegebenenfalls auch noch diesen oder jenen Fachmann. Aber die Arbeiter zu hören, welche in den Räumen produzieren müssen, hat man nicht für nötig befunden. Und dabei hat doch manchmal auch ein Dummer einen gescheidten Gedanken! — Jene Arbeiter werden dann in das Joch hineingespannt und müssen unter Aufsicht* gewissenloser Antreiber für dividendenhungrige Mitglieder schuften, damit diese am Jahresschluß 18, 19, ja sogar** 20 Prozent Dividende einstreichen können!

Ein weiteres ist die Entlohnung! In manchen Orten ist dieselbe so ziemlich den allgemeinen Verhältnissen entsprechend nicht schlecht zu nennen. Wenn aber z. B., wie mir versichert wurde, die Kollegen im Rudolstädter Konsumverein 16.50 ℳ und 18.50 ℳ die Woche verdienen (dieselben haben jetzt eine Lohnforderung gemacht und ist vielleicht das Verhältnis ein besseres geworden), so ist dies eine Bezahlung weit unter den gewerkschaftlichen Forderungen! Aehnliche Fälle sind noch mehr zu verzeichnen. Nun bin ich der Meinung, daß diejenigen Arbeiter eines Instituts, das wiederum der Allgemeinheit zur Verbesserung der Lebenshaltung dient, die bestbezahltesten am Orte sein müßten, da auf der andern Seite ja verlangt wird, das gerade diese Angestellten als Pioniere der Arbeiterbewegung tätig sein sollen, was aber bei schlechter Entlohnung nicht möglich sein kann! Also kurz und gut, die Verwaltungen würden gut tun, den berechtigten Forderungen ihrer Angestellten, hauptsächlich der Bäcker, etwas mehr Berücksichtigung zu schenken.

Um nun für sämtliche Konsumvereinsbäckereien eine feste Norm zu schaffen, wird es nötig sein, an Tarifvereinbarungen zu denken, und zwar unter Berücksichtigung der mit Maschinen eingerichteten Großbetriebe, wo die Ausnutzung der einzelnen Arbeitskräfte eine intensivere ist. Ich lasse hier die zwei verschiedenen Lohntarife der Deutschen Buchdrucker folgen, um zu beweisen, daß die maschinelle Arbeit dort besser bezahlt wird. (Gegenteiliger Meinung stehen die Spalten unsers Fachblattes jederzeit offen.) Dieser Tarif besagt im § 32, Absatz 102: Es beträgt das Minimum des gewissen Geldes für Gehülfen in Klasse A (bis zum Alter von 21 Jahren), in Klasse B (im Alter von 21—23 Jahren), in Klasse C (im Alter von über 23 Jahren) unter Berücksichtigung der im § 39 enthaltenen Lokalzuschläge:

Lokal-Zuschlag Prozent	in Klasse A ℳ	in Klasse B ℳ	in Klasse C ℳ
ohne	21.50	22.—	22.50
2½	22.04	22.55	23.06
3	22.15	22.66	23.18
5	22.58	23.10	23.63
6⅔	22.93	23.47	24.—
7½	23.12	23.65	24.19
8⅓	23.29	23.83	24.38
10	23.65	24.20	24.75
11	23.87	24.42	24.98
12½	24.19	24.75	25.31
15	24.73	25.30	25.88
17½	25.27	25.85	26.44
20	25.80	26.40	27.—
25	26.88	27.50	28.13

Absatz 104: Es beträgt das Minimum des gewissen Geldes in Orten unter 6000 Einwohnern, für welche die Ausnahme aus § 32 genehmigt ist, in Kl. A 18.50 ℳ, in Kl. B 19 ℳ, in Kl. C 19.50 ℳ.

Das Minimum für Maschinensetzer.

135. Das Lohnminimum im Zeitungsbetriebe

Bei 8stündiger Arbeitszeit und 25 Prozent Zuschlag.

Lokal-Zuschlag Prozent	in Klasse A ℳ	in Klasse B ℳ	in Klasse C ℳ
ohne	26.88	27.50	28.13
2½	27.55	28.19	28.83
3	27.69	28.33	28.97
5	28.22	28.88	29.54
6⅔	28.67	29.33	30.01
7½	28.90	29.56	30.24
8⅓	29.12	29.79	30.47
10	29.57	30.25	30.94
11	29.84	30.53	31.22
12½	30.24	30.94	31.65
15	30.91	31.63	32.35
17½	31.58	32.31	33.05
20	32.26	33.—	33.76
25	33.60	34.38	35.16

126. Das Lohnminimum im Werkbetriebe.

Bei 9stündiger Arbeitszeit und 30 Prozent Zuschlag.

Lokal-Zuschlag Prozent	in Klasse A ℳ	in Klasse B ℳ	in Klasse C ℳ
ohne	27.95	28.60	29.25
2½	28.65	29.32	29.98
3	28.79	29.46	30.13
5	29.35	30.03	30.71
6⅔	29.81	30.51	31.20
7½	30.05	30.75	31.44
8⅓	30.28	30.98	31.68
10	30.75	31.46	32.18
11	31.02	31.75	32.47
12½	31.44	32.18	32.91
15	32.14	32.89	33.64
17½	32.84	33.61	34.37
20	33.54	34.32	35.10
25	34.94	35.75	36.56

(Tarif-Ausschuß. September 1901.)

Der Lokalzuschlag wird als Teuerungszulage den verschiedenen Orten der Größe nach entsprechend angesehen, denn darüber ist sich wohl auch jeder Kollege klar, daß je größer der Ort, in dem er domiziliert, desto teurer die Lebenshaltung der Familien. — Obgleich ich nun kein Freund von langfristigen Tarifgemeinschaften bin, so halte ich es dennoch für angebracht, hier in der Lohnfrage Organisation mit Organisation Vereinbarungen zu treffen. Und genau so gut wie die Organisation der Konsumvereine die Interessen ihrer Mitglieder nach dem Genossenschaftstag in Kreuznach zu wahren verstanden hat, wird sie sich auch nicht weigern, zum Wohle und Nutzen ihres Personals wie ihres eigenen mit einer andern Organisation in Verbindung zu treten. Nur auf dieser Basis halte ich es für möglich, eine für die Allgemeinheit, wie auch für unsre Gewerkschaft brennende Frage zu lösen. Auch weiter habe ich des öfteren die Beobachtung gemacht, daß bei Lohnforderungen in den einzelnen Betrieben oftmals die fähigen und führenden Kollegen fehlen, auch übers Ziel hinausschießende Forderungen und ähnliche Schnitzer bleiben nicht aus, und ist zum Schluß die Karre im Dreck festgefahren, dann muß entweder die Organisation oder wenigstens deren Funktionäre einspringen, um zu retten, was noch zu retten ist. Darum soll lieber vorher die Organisation im allgemeinen verhandeln, als nachher im einzelnen, wo es für uns gegebenen Falls ungemein schwieriger ist. Auch bin ich überzeugt, und soviel Arbeiterherz traue ich den führenden Personen der Genossenschaftsbewegung ohne weiteres zu, daß, wenn an dieselben appelliert, wir auch dort ein offenes Ohr finden für unsre Wünsche, vielleicht offener als bei mancher bureaukratischen Verwaltung im einzelnen Verein. Auch meine ich, wenn Unternehmer und reaktionäre Kapitalisten, wie die Buchdruckereibesitzer, die Abmachungen des Tarifamtes respektieren, sollten dann die aus meist aufgeklärten Arbeitern hervorgegangenen Verwaltungsmitglieder nicht ebensoviel Solidarität besitzen? Nicht zu vergessen wäre natürlich auch die Regelung der Arbeitszeit und eventuell Arbeitsleistung. In letzterem Falle hat man es an einigen Orten bereits bis zur Virtuosität gebracht, so daß dem bald einmal ein Riegel vorgeschoben werden muß. In diesem Sinne wünsche ich, daß die Generalversammlung den 4. Punkt der Tagesordnung behandelt.

Schinnerling-Leipzig.

Aus unserem Berufe.

Der Streik in der Bäckerei Goldacker in Berlin dauert fort. Verhandlungen vor dem Einigungsamt, zu denen die Ausständigen bereit waren, hat Herr Goldacker abgelehnt. Er behauptet, die Arbeiter seien kontraktbrüchig, während doch das Innungsschiedsgericht am Montag Herrn Goldacker verurteilt hat, dem gemaßregelten Vertrauensmann, wegen dessen die Arbeitsniederlegung erfolgte, den achttägigen Lohn zu zahlen, da Herr Goldacker den Vertrag nicht innegehalten hat. Auch den Arbeitswilligen scheint der Betrieb gerade kein Eldorado zu sein, denn es haben schon eine ganze Anzahl derselben die Arbeit wieder niedergelegt. Ein schönes Geschäft machen dort die Kommissionäre, Seelenverkäufer genannt, die die Hauptschuld daran tragen sollen, daß eine Einigung nicht zu stande kommt. Die Streikbrecher soll 5 bis 30 ℳ für die Arbeit bezahlt haben. Die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß Herrn Goldacker die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Außerordentlich „geistreich" nimmt die „Günther'sche Bäckerzeitung" in einem Artikel zu der Komödie der ärztlichen Untersuchung Stellung, indem sie orakelt:

„Faktisch arbeitet wohl nie ein Geselle, der etwas Schmerzhaftes an sich hat. Jene ekelhafte Krankheit, mit der behaftet Gesellen gearbeitet haben sollen, ist eine Schmutzkrankheit, Pfui! Woher will eine Behörde in Berlin wissen, daß mit Krankheit behaftete Gesellen gearbeitet haben? Die Betreffenden haben sich wohl noch gerühmt damit? Brrr!

Ein Mittel zur Ausrottung dieser Krankheiten würde sein, die Namen der Gesellen, die eine solche oder ähnliche selbstverschuldete Krankheit haben, zu veröffentlichen. Das ist nicht barbarisch, sondern es ist zugleich ein probates Mittel gegen Lügerei. Es ist einfach nicht zu glauben, daß derartige Krankheiten verbreitet sind und wenn doch ab und zu, so wird der „kranke" Geselle doch wohl nicht in Arbeit gehen. Es sei denn, er erhielte von gewisser Seite mehr Geld für das durch Fortarbeiten gebotene Agitationsmaterial, als er von der Krankenkasse beziehen würde!

Was kann den Bäckermeisterstand aber einzig und allein schützen gegen solche Machenschaft?

Ein neuer Mußparagraph, und da tauchte folgender Vorschlag auf: Die Sprechämter oder Arbeitsnachweise müssen mit einer ärztlichen Station verbunden sein, d. h. am Sprechamt selbst, und jeder Geselle muß unmittelbar vor der Arbeit ärztlich untersucht werden. Der Meister dürfte nur dann die Arbeit aufnehmen lassen, wenn auf der Arbeitskarte der Vermerk „gesund" nebst Datum und Namen des Arztes steht.

Ob das nun umständlich oder hart ist, das ist gleich; der Bäckermeisterstand hat die Pflicht, sich nicht nur seiner Haut zu wehren, sondern namentlich das Publikum zu schützen vor Unsauberkeiten und vor Ansteckungsgefahren. Gewarnt sind ja die Gesellen oft; haben sie nicht hören wollen, so müssen sie fühlen! Und wie wegen vielleicht eines Betriebes, wo etwas vorgekommen sein soll, der ganze Bäckermeisterstand gehöhnt wird, so müssen dann die guten Gesellen mit leiden für die Sünden der bösen.

Zu verkennen ist allerdings nicht, daß ein derartiger Vorschlag auch auf Widerstand stößt, da man wirklich nicht weiß, wie damit anzufangen. Eine Untersuchung der Gesellen dürfte beinahe nur möglich sein, wenn sie durch Polizeiverordnung verfügt wird.

Da sind z. B. die wilden Sprechmeister (Kommissionäre). Diese kann die Innung nicht zwingen. Dann gibt es auch noch Betriebsinhaber, die keiner Innung angehören. Ferner würden bei Aushülfen bedeutende Schwierigkeiten entstehen, da solche Gesellen vielfach erst Abends schleunigst verlangt werden. Wie soll da plötzlich die Untersuchung stattfinden. Aerztlich untersuchte Gesellen aber kann sich der Sprechmeister resp. die Innung nicht „auf Lager" halten." —

Jeder Kommentar unsererseits würde die unfreiwillige Komik des albernen Geschwafels nur abschwächen, deshalb verzichten wir auf jede Kritik und unterbreiten unsern Lesern nur das „geistreiche" Machwerk zur Erheiterung!

Die Bäckermeister von Pirmasens haben es meisterlich verstanden, durch allerhand Ränke und Schliche die Mehrzahl der dortigen Gehülfen im Vergnügungsverein einzulullen, indem die Innung jedes Mal zum Ball 50 ℳ als Geschenk übergibt. Die Herren von der Innung verstehen es aber, dieses Geld mit Wucherzinsen aus den Gehülfen wieder herauszuholen in Form von Lohnkürzungen, die in jedem Winter hier an der Tagesordnung sind. Der krasseste Fall ist der, daß ein Meister seinem Gehülfen, der bisher 9 ℳ Wochenlohn hatte, auf einmal 4 ℳ davon abzog und jetzt nur noch 5 ℳ die Woche bezahlt! Und der Gehülfe ließ sich das ruhig gefallen! Ein wahres Muster der Bescheidenheit! — Im Jahre 1901 arbeiteten noch 70 Gehülfen hier. Beinahe die Hälfte davon hat jetzt Lehrlingen Platz machen müssen, denn es werden jetzt hier 41 Gehülfen und 43 Lehrlinge beschäftigt! — Wenn jetzt unsere Kollegen noch nicht einsehen, wie sie sich am eigenen Interesse durch Fernbleiben vom Verbande versündigt haben, dann ist ihnen überhaupt nicht zu helfen und wir werden hier bald wieder allgemeine Löhne von 3 und 4 ℳ pro Woche haben, denn dahin bringen es unsere Meister noch! Also, Kollegen, rafft Euch endlich auf und schließt Euch dem Verbande an; anders ist keine Besserung Eurer Lage möglich!

In Frankfurt a. M. fanden am 11. Februar zum ersten Male die Gehülfenausschußwahlen statt. Gewählt wurden die vom Verbande vorgeschlagenen Kandidaten und zwar A. Michel und W. Horrer in den Gesellenausschuß; Joh. Stark und O. Ackermann in den Lehrlingsprüfungsausschuß; Eberhardt und L. Wagner für das Sprech- und Herbergswesen; H. Drechsel und Gg. Pfeuffer als Ersatzleute.

In Hamburg wurden bei der Ergänzungswahl am 12. Februar die Kandidaten des Verbandes gewählt. Gegenkandidaten hatte man hier garnicht einmal aufzustellen gewagt, trotzdem die Herren von der Innung noch vor einigen Jahren erklärten, daß beim nächsten Male die Innungsfreunde die Majorität haben würden!

Wie die Bäckerknechte vor Zeiten in die Fremde gingen. Wenn ein Bäckerknecht die Stadt verließ, in der er das Handwerk erlernt hatte, um sich auf die Wanderschaft zu begeben, so mußte er das Handwerk in der nächsten Stadt mit den Worten begrüßen, welche ihm vom Handwerk der verlassenen Stadt aufgetragen waren. „Grüße mir Meister und Knechte, soweit das Handwerk redlich ist. Ist's aber nicht redlich, so nimm Geld und Geldeswert und hilf's redlich machen. Ist's aber nicht redlich zu machen, so nimm Deinen Bündel auf den Rücken, Deinen Degen an die Seite und laß Schelme und Diebe sitzen." — Wanderte er in die Herberge ein, so mußte er sprechen: „Guten Tag! Gott ehre das Reich, Gott ehre das Gelag, Gott ehre den Herrn Vater, die Frau Mutter, Beide und Schwestern und alle frommen Bäckersknechte, wo sie versammelt sein, es sei gleich, hier oder anderswo!" Sodann mußte er den Herbergsvater um Nachtquartier bitten. Erst wenn dies gewährt war, durfte er das Felleisen ablegen und es sich bequem machen. Abends mußte er seine Bitte um Nachtquartier wiederholen, indem er den Herbergsvater bat, ihm das „Bruderbett" anzuweisen. Vor einer bestimmten Stunde durfte er nicht zu Bette gehen. Wollte man aber noch einen „Brudertisch" halten, so mußte man den Herbergsvater erst um Erlaubnis fragen, die natürlich immer gegeben wurde, weil ihm die Sache Geld eintrug. Die Bäckergesellen verließen das Zimmer, kamen einzeln wieder herein und setzten sich nach einem kurzen Gruß der Reihe nach nieder. Nun wurde Anfrage gehalten, ob einer gegen den andern etwas zu klagen habe. Unter allerlei Ceremonien brachte man darauf Klagen vor, die nur den Zweck hatten, den Beklagten mit einer Geldstrafe belegen zu können. Das so erhaltene Geld wurde dann gemeinschaftlich vertrunken. Am Schluß sprach der Vorsitzende wieder einen frommen Spruch und zeigte das Ende des Brudertisches durch die Aufforderung an die Bäckerknechte an, Feierabend zu machen und die Schlafstellen aufzusuchen.

Anträge

zu der am 20. Mai und folgende Tage im „Bürgerhaus" (Knochenhauerufer 27—28) in Magdeburg stattfindenden 9. ordentlichen Generalversammlung. (Anträge zu stellen ist jede Mitgliedschaft, ebenso jedes einzelne Mitglied berechtigt; doch müssen dieselben, mit Namensunterschrift versehen (wenn von Mitgliedschaften gestellt, von deren Vorstand unterzeichnet), vier Wochen vor der Generalversammlung dem Vorsitzenden des Verbandes zur Veröffentlichung im Fachorgan zugesandt werden. Alle Anträge sind, auf besonderem Bogen niedergeschrieben, einzureichen, und genügt es nicht, wenn Anträge in Versammlungsberichten enthalten sind; dieselben können nicht beachtet werden.)

Der Verbands-Vorstand beantragt folgende Statutenänderungen:

§ 2 erhält folgende Fassung: Zugelassen zu diesem Verbande sind alle bei der Herstellung von Brot und Backwaaren aller Art beschäftigten gelernten Arbeiter, desgleichen alle Hülfsarbeiter, welche das Statut als rechtsverbindlich für sich anerkennen.

§ 4 soll nach dem 1. Absatz lauten:

a. Mitgliedern, die zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Genehmigung des Verbandsvorstandes die Arbeit eingestellt haben;
b. solchen Mitgliedern, die wegen ihrer Tätigkeit für den Verband gemaßregelt oder ausgesperrt wurden;
c. arbeitslosen Mitgliedern, wenn sie am Orte verbleiben oder auf die Reise gehen;
d. durch Krankheit arbeitsunfähig gewordenen Mitgliedern;
e. außerdem in besonderen Notfällen der Mitglieder und
f. im Sterbefall verheirateter Mitglieder, deren Frau oder unerwachsenen Kindern als Sterbegeld.

§ 5, 1. Abs., soll angefügt werden: Beim Eintritt in den Verband muß außer dem Beitrittsgeld mindestens ein Wochenbeitrag entrichtet werden.

§ 7 soll lauten: Die Wiederaufnahme freiwillig ausgetretener Mitglieder ist ohne weiteres zulässig, wenn nicht seitens des Verbandsvorstandes anders verfügt wird. Bei früher nach § 8 a und b des Statuts ausgeschlossenen Mitgliedern entscheidet der Verbandsvorstand, ob die Wiederaufnahme gestattet wird. Diese Wiederaufgenommenen sind als Neueingetretene zu betrachten.

§ 8 ist nach „zu haben" zu setzen: (Stundung der Beiträge kann nur arbeitslosen oder kranken Mitgliedern, die noch nicht unterstützungsberechtigt oder bereits ausgesteuert sind, für die Dauer der Arbeitslosigkeit oder Krankheit gewährt werden.)

Sobald Mitglieder mit den Beiträgen 13 Wochen restieren, ohne Stundung derselben erhalten zu haben, müssen sie in der Liste gestrichen werden und sind damit aus dem Verbande ausgeschlossen. Spätere Nachzahlung dieser Beitragsrückstände ist unter keinen Umständen zulässig, ebensowenig kann der wegen Beitragsrückständen erfolgte Ausschluß aus dem Verbande rückgängig gemacht werden.

Außerdem kann der Verbandsvorstand auf Antrag von Zahlstellen oder Mitgliedern, aber auch ohne solchen den Ausschluß von Mitgliedern verfügen, wenn dieselben

* Leitartikel in Nr. 4 der Oesterreichischen Bäckerzeitung.
** Konsumverein in Plauen i. V.

a. sich Handlungen zu Schulden kommen lassen, welche dem Interesse des Verbandes entgegenwirken;
b. den Anordnungen des Verbandsvorstandes oder der Lokalverwaltung, soweit dieselben durch Statut begründet sind, nicht Folge leisten.

Jeden erfolgten Ausschluß nach a und b hat der Verbandsvorstand im Fachorgan bekannt zu geben.

§ 11 ist neu einzufügen: Unterstützungen können nur mit Genehmigung des Verbandsvorstandes gewährt werden. Bei Unterstützungen nach § 4 a, c, d und f sind für die Höhe der Summe die diesem Statut angefügten Reglements maßgebend, dagegen hat bei Unterstützungsgesuchen nach b und e der Verbandsvorstand die Summe zu bestimmen.

Im alten § 11 muß es heißen „des Verbandsvorstandes“, anstatt „der Lokalverwaltung“.

Im § 20 soll es nicht „1½“, sondern „3 Pfennig“ heißen.

Neu einzufügen bei § 26: Der Verbandsvorstand ist befugt, mit Zustimmung einer Mitgliedschaft oder auf deren Antrag den Verhältnissen entsprechend eine Gliederung solcher Mitgliedschaft in mehrere Sektionen vorzunehmen. Die Sektionen können ihrer Arbeitszeit und Arbeitsweise entsprechend besondere Sektionsversammlungen abhalten zur Bildung und Belehrung der Mitglieder und eventueller Vorberatung der Angelegenheiten der Mitgliedschaft.

Beschlüsse über die im Statut vorgesehenen Aufgaben der Mitgliedschaft, ebenso Wahlen zur Sektions- oder Mitgliedschaftsverwaltung und sonstigen Vertrauensposten können doch nur in gemeinsamen Mitgliederversammlungen der Mitgliedschaft, die mindestens vierteljährlich einmal stattfinden müssen, vorgenommen werden.

Besondere Kassenführung oder die Erhebung von Extrabeiträgen zu irgend welchen Zwecken ist diesen Sektionen nicht gestattet; ebensowenig können dieselben über irgend welche Ausgaben beschließen, sondern in diesen Angelegenheiten können nur von der Mitgliedschaft Beschlüsse gefaßt werden.

Neu einzufügen § 27: Besoldete Beamte einer Mitgliedschaft können nur mit Einverständnis des Verbandsvorstandes gewählt oder ihres Amtes entsetzt werden. Für dieselben setzt auch vorbehaltlich der Beschlüsse des Verbandstages der Verbandsvorstand das Gehalt fest und bestimmt die Art der Aufbringung der dazu notwendigen Mittel.

Sonstige Anträge des Verbandsvorstandes.

1. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, baldigst die Aufnahme statistischer Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeits- und Schlafräume der Bäckereibetriebe in allen Verbandsorten zu veranlassen. Das Resultat dieser Erhebungen ist in einer Broschüre zusammenzustellen und dieselbe zu den Herstellungskosten an Mitglieder und andre Personen zu vertreiben.

2. An die Delegierten des Verbandstages sind außer dem Fahrpreis für Retourbillet 3. Klasse pro Tag der Verhandlung 6 M Diäten zu zahlen und für eventuell entgangenen Arbeitsverdienst pro Tag 4 M. Für jeden vollen Reisetag zum oder vom Verbandstage werden dagegen außer dem entgangenen Arbeitsverdienst 3 M Diäten gezahlt.

Diese Sätze gelten auch als Höchstgrenze für vom Verbandsvorstand oder den Gauvorständen ausgesandte Agitatoren.

Mitgliedschaft Regensburg. 1. Die Mitgliedschaft Regensburg stellt den Antrag, daß das Darlehen, welches sie der Hauptkasse vom Streik her noch schuldet (176 Mark), derselben auf dem Verbandstag erlassen werde, und hält ganz strikte die Resolution aufrecht, welche in der Gaukonferenz in München während des Oktoberfestes von sämtlichen Delegierten angenommen wurde.

2. Ferner stellt sie den Antrag, daß die Abrechnungsformulare ganz genau übereinstimmend mit den Feldern des Hauptkassabuches nach der Reihenfolge bei weiterem Gebrauche hergestellt werden möchten, z. B. Marken, Bücher usw.

3. Ferner stellt sie den Antrag, daß die bisherige Auszahlung der Reiseunterstützung so geregelt werden möchte, daß die 1 M Unterstützung in Wegfall kommt und dafür das Kilometergeld eingeführt wird.

4. Ferner stellt sie den Antrag, daß künftighin die Versammlungsberichte und sonstiges ganz genau so aufgenommen wird, als wie sie an die Hauptverwaltung abgeschickt werden.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Wer am 1. März sein altes Mitgliedsbuch noch nicht gegen ein neues umgetauscht hat, muß das neue Buch als Duplikat mit 20 ₰ bezahlen. Unentgeltlicher Umtausch der alten Bücher gegen neue findet nicht mehr statt.

Den Bevollmächtigten sind die neuen Adressenverzeichnisse mit dem neuen Correspondenzblatt übersandt worden. Im Laufe der Woche wird das Material zu den Delegiertenwahlen zum Verbandstag den Wahlkommissionen und Vorständen der Mitgliedschaften übersandt werden. Desgleichen erhalten die Mitgliedschaften, an deren Orten sich Konsum- oder Genossenschaftsbäckereien befinden, Fragebogen über deren Umsatz an Brot fürs Jahr 1902 zugesandt. Wir ersuchen dringend, diese Formulare schnellstens genau auszufüllen und uns dieselben bis 20. März spätestens wieder einzuschicken, da das Resultat dieser Umfrage dem Verbandstage unterbreitet wird.

Im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. wurde einem circa 40jährigen Bäcker das Mitgliedsbuch 8926, auf den 27jährigen Kollegen Georg Löffler lautend, abgenommen. Da derartige Schwindeleien schon öfters versucht werden — mit gestohlenen Mitgliedsbüchern zu reisen — so mahnen wir die Auszahler der Reiseunterstützung dringend zur genauen Prüfung in jedem einzelnen Falle. Mit dem 1. März haben die alten Mitgliedsbücher ihre Gültigkeit verloren und wer da noch nicht im Besitze eines neuen Buches ist, hat auch kein Anrecht auf Unterstützung!

Die Mitgliedschaften an solchen Orten, in denen Konsumvereine mit bedeutendem Brotumsatz oder eigener Bäckerei, oder Genossenschaftsbäckereien bestehen, werden hiermit aufgefordert, den Verwaltungen derselben regelmäßig unser Fachblatt „Deutsche Bäcker-Zeitung“ gratis zu verabfolgen.

Wir machen die Kassierer und Mitgliedschaften nochmals besonders darauf aufmerksam, daß sie bei Einsendung der monatlichen Abrechnungen stets auf der Rückseite des Abrechnungsformulars die verlangten Angaben darüber, wie viel und für welche Zeit die Mitglieder Beiträge bezahlt haben, genau angeben, damit sich in der Arbeit des Hauptkassierers nicht erst Fehler einschleichen.

Immer noch kommt es vor, daß der Hauptkassierer auf ungenügend frankierte Briefe Strafporto bezahlen muß. Das Strafporto beträgt für zu schwere Briefe 20 ₰, 10 ₰ Porto hat der Absender durch Aufkleben einer 10 ₰-Marke schon dafür bezahlt, so daß die Post an jedem solchen Brief 10 ₰ extra verdient. Das ist eine Verschwendung sondergleichen, die jeder Kollege und besonders jedes Vorstandsmitglied vermeiden muß. Man beachte deshalb folgendes: Ein geschlossener Brief bis zu 20 gr Gewicht kostet in Deutschland 10 ₰ Porto. Zwei Abrechnungsformulare mit einem Schreiben auf dünnem Papier nebst Couvert der gewöhnlich gebräuchlichen Sorte wiegen 19 gr. Hat man mehr an den Vorstand zu senden, so stecke man alle in ein Couvert und frankiere denselben mit 20 ₰ (bis zu einem halben Pfund darf ein Brief für 20 ₰ Porto wiegen).

Niemals haben also die Kassierer nötig, wenn sie Abrechnungen, Reiselegitimationen, Ausgabenbelege und ein Schreiben an die Hauptverwaltung senden wollen, zwei Briefcouverts zu füllen; den einen mit 20 ₰ und den andern mit 10 ₰ zu frankieren, sondern es kann alles in ein Couvert gesteckt und der Brief mit 20 ₰ frankiert werden.

Auch die Unsitte vermeide man, daß man zu gleicher Zeit zwei Briefe, den einen an den Vorsitzenden Allmann, den andern an den Kassierer Friedmann adressiert zur Post gibt, sondern alles nur an die eine Adresse richten (außer Postanweisungen, die nur an Friedmann zu richten sind): „Vorstand des Bäckerverbandes, Hamburg 23, Marxstraße 27“.

In allen Fällen erhalten auf die Reise sich begebende Mitglieder, welche mindestens ½ Jahr dem Verbande angehören, ihre Beiträge voll bezahlt und sich ordnungsgemäß abgemeldet haben, noch die alten — weißen — Reiselegitimationen. Für die Reise können grüne und rote Legitimationen erst dann in Gebrauch kommen, wenn der Verbandstag die dementsprechenden Anträge zum Beschluß erhebt.

Treten Kollegen, die bisher andern Verbänden angehörten, zu uns über, so geschieht die Aufnahme unentgeltlich (Das Buch des früheren Verbandes muß aber mit der Abrechnung dem Hauptkassierer gesandt werden), wenn das Mitglied seine statutengemäßen Pflichten erfüllt hat. Als Tag des Eintrittes in den Verband ist dann der Tag anzugeben, von welchem ab das Mitglied der andern Gewerkschaft angehörte. Auf der letzten Seite des Buches muß jedoch der Tag des Uebertrittes in unsern Verband angegeben werden. Ebenso muß verfahren werden mit Kollegen, die aus ausländischen Bruderverbänden zu uns übertreten.

Nicht blos betreffs Reiseunterstützung, sondern auch betr. aller andern Unterstützungszweige stehen wir mit den Bruderverbänden in Oesterreich, Dänemark und Schweden im Gegenseitigkeitsvertrage. Beansprucht ein Mitglied dieser Verbände bei der Zureise in einer unsrer Zahlstellen Arbeitslosenunterstützung oder Krankenzuschuß, so ist sein Mitgliedsbuch mit der Meldekarte dem Hauptkassierer einzusenden.

Der Verbandsvorstand. J. A.: O. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

In der Woche vom 16. bis 22. Februar gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Für Monat Januar: Mitgliedschaft Hannover M 41.90, Altenburg 16.30, Dortmund 45.—, Elberfeld 31.50, Königshütte 28.40, Hildesheim 21.30, Regensburg 106.—, Lüneburg 18.90, Celle 15.—, Bautzen 7.40, Chemnitz 39.50, Mainz 74.30.

Für Januar u. Februar: Wandsbek M 23.90.

Von Einzelzahlern: F. H., Norheim M 8.40.

Für Annoncen: J. B., München M 15.60.

Der Hauptkassierer. Fr Friedmann.

Anzeigen.

Grobbäcker-Liedertafel „Teutonia“, Hamburg.

Sonnabend, 7. März 1903

19jähr. Stiftungs-Fest

im „Hammonia-Gesellschaftshaus“, Hohe Bleichen 30, (Inhaber: H. Horn.)

Theater, Gesangsvorträge, Großer Ball.

M 3.90] Saalöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Bäckerei zu verkaufen!

Beabsichtige mein noch neues Wohnhaus, an der Hauptstraße gelegen, welches sich sehr zu einer Bäckerei eignet, in welchem ich auch eine Brotbäckerei mit gutem Erfolg betrieben habe, zu verkaufen. Alles Nähere durch Karl Wilh. Bickel. Steinbach-Hallenberg. [M 3.—

Allen Münchner Bäckergehülfen

empfehlen ihre freundliche Gastwirtschaft mit ausgezeichneter Küche zu jeder Tageszeit

Max und Marie Saller,
Restaurant Kaiserkrone,
Ecke Baader- und Buttermelcherstraße.
M 2.40]

Vereinslokal des Krankenvereins und Radfahrerklub.

Unserem Kollegen Wilhelm Nowka bei seinem Wegzuge von Altenburg ein

herzliches Lebewohl!

M 1.20] Die Kollegen der Zahlstelle Altenburg.

Achtung! **Bäcker Berlins!** Achtung!

Empfehle den geehrten Herren Bäckern meine freundlichen Lokalitäten. Gute Getränke, grossartige Auswahl in kalten Speisen. Täglich grosser Bäckerverkehr.

Achtungsvoll **Johann Boss,**
Klosterstr. 101, Verbandslokal.

J. J. Grünberg, Tanz-Lehr-Institut

Hamburg-St. Pauli, Thalstraße 45, part.

Großer Saal. Elegante Damen- und Herren-Zimmer. Ungenierter Eingang durch den Garten.

Einzigstes Privat-Institut Hamburgs mit separaten Kursen für Bäcker. M 3.—]

Privatunterricht zu jeder gew. Zeit gänzlich ungeniert!

Sämtliche Münchner Bäckergehülfen

treffen sich jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag zum gemütlichen Tarock oder Billard-Partie im [M 1.80

Café Wittelsbach, Herzog Wilhelmstr. 32.

Allen Bewerbern um eine Stellung in unserer Vereinsbäckerei auf diesem Wege zur gefälligen Kenntnis, daß vorläufig alle Stellen besetzt sind. Bei der großen Zahl der Bewerber ist es uns ganz unmöglich, jeden Einzelnen zu benachrichtigen. [M 2.40

Consum-Verein „Vorwärts“, Brandenburg a. H.

Versammlungs-Anzeiger.

Altenburg. Mitgl.-Vers. Donnerstag, den 12. März, im „Schwarzen Adler“, Kesselgasse.
Altona. (Weißbäcker). Mitgl.-Vers. Mittwoch, 4. März, Nachm. 4½ Uhr, bei Osterhof, Langestr. 50.
Altona. (Grobbäcker.) Mitgl.-Vers. Sonnabend, 14. März, Abends 7½ Uhr, bei Ww. Ebler, Norderstr.
Alfeld a. L. Oeffentl. Vers. Sonntag, 1. März, Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Herrmann.
Bad Reichenhall. Mitgl.-Vers. Dienstag, 10. März, Nachm. 3 Uhr, in der „Blauen Traube.“
Bergedorf. Mitgl.-Vers. Sonntag, 8. März, Nachm. 3½ Uhr, bei W. Stille, Sachsenstraße.
Bremen. Oeffentl. Vers. Sonntag, 8. März, Nachm., 3½ Uhr, bei Wetzel, Ansgarithorstr. 12. (Referent: Arbeitersekretär Müller.)
Braunschweig. Mitgl.-Vers. Sonntag, 8. März, im „Gewerkschaftshaus“, Werder 32.
Bromberg. Mitgl.-Vers. Dienstag, 3. März, Nachm. 4 Uhr, im „Tivoli“, Thalstraße.
Breslau. Jeden Dienstag 3½—5 Uhr, Diskutierklub im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 3.
Breslau. Monats-Vers. Dienstag, 10. März, Nachm. 3½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 3. (Mit Vortrag.)
Basel. Zusammenkunft jeden Donnerstag. Mitglieder-Vers. jed. erst. Dienstag im Monat im Hotel Blume, Schwanengasse, bei der alten Rheinbrücke.
Berlin. Diskutierstunde jeden Donnerstag, Nachm. 3½ Uhr bei Boss, Klosterstr. 101.
Cassel. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 5. März, Nachmittags 4 Uhr, bei Hartmann, Schäfergasse 14.
Celle. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 5. März, Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Stadttheater“.
Crimmitschau. Mitgl.-Vers. Sonntag, 8. März, Nachm. 3 Uhr, in der „Centralherberge“.
Dortmund. Mitgl.-Vers. Sonntag, 8. März, Nachm. 4 Uhr, bei Mühlhausen, 1. Kampstr. 73.
Düsseldorf. Mitgl.-Vers. Sonntag, 1. März, Nachm. 3½ Uhr, bei Herrn Pass, Breitestr.
Elberfeld. Mitgl.-Vers. Sonntag, 1. März, Vorm. 11 Uhr, im „Volkshause“, Hochstr. 82.
Essen a. d. Ruhr. Mitgl.-Vers. Sonntag, 1. März, Nachmittags 5 Uhr, in der „Borussia“.
Frankfurt a. M. Jeden Donnerstag von 4—5 Uhr Lesestunde, 5—7 Uhr Diskutierstunde im „Gewerkschaftshaus“, Kolleg 5.
Frankfurt a. M. Mitgl.-Vers. Mittwoch, 4. März, Nachm. 4 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Forst i. L. Mitgl.-Vers. Sonntag, 15. März, Nachm. 1½ Uhr, bei Mielke.
Harburg. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 5. März, Nachm. 6 Uhr bei Lüssenhop, 1. Bergstr. 7.
Homburg v. d. H. Mitgl.-Vers. Mittwoch, 11. März, Abends 8 Uhr, im „Bayrischen Hof“.
Kiel. Mitgl.-Vers. Sonntag, 1. März, Nachm. 4 Uhr, bei Schröder, Am Markt.
Leipzig. Diskutierklub jeden Mittwoch, von 5—7 Uhr, in der „Flora“, Windmühlenstr. 14—16.
Lübeck. Mitgl.-Vers. Sonntag, 8. März, Nachm. 3 Uhr, im Vereinshaus, Johannesstr. 50.
Lüneburg. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 5. März, Nachm. 4½ Uhr, in der Lambertibierhalle.
Magdeburg. Mitgl.-Vers. Dienstag, 10. März, im „Dreikaiserbund“, gr. Storchstr.
Mannheim. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 5. März, Nachm. 4 Uhr, bei K. Bausch, S. 1, Nr. 1.
Meuselwitz. Mitgl.-Vers. Sonntag, 1. März, im Restaur. „Glück auf“.
Neumünster. Mitgl.-Vers. Sonntag, 1. März, Nachm. 4 Uhr, bei Kellermann, Plönerstr. 7.
Nürnberg. Mitgl.-Vers. Dienstag, 3. März, Nachm. 5½ Uhr, im „Goldenen Mörser“, Dötschmannsplatz.
Offenbach a. M. Mitgl.-Vers. Dienstag, 3. März, Nachm. 3 Uhr, in Stadt Heidelberg, gr. Biergrund 41
Offenbach a. M. Jeden Donnerstag, Nachm. 2 Uhr, Diskutirstunde in „Stadt Heidelberg“, Gr. Biergrund 41
Plauen i. Vogtl. Mitgl.-Vers. Sonntag, 8. März, Nachm. 3½ Uhr, in der „Königsburg“.
Regensburg. Mitgl.-Vers. Dienstag, 3. März, in der „Glocke“, Glockengasse.
St. Johann-Saarbrücken. Mitgl.-Vers. Sonntag, den 1. März, Nachm. 3 Uhr, im Kaisersaal, Hafenstr. 9.
Schwerin. Mitgl.-Vers. Dienstag, 3. März, Nachm. 5 Uhr, bei M. Lembke, Gr. Moor 51.
Straßburg i. E. Mitgl.-Vers. Mittwoch, 4. März, Nachm. 2½ Uhr, in der „Sonne“, Gr. Stadelgasse 2.
Wiesbaden. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 5. März, Nachm. 3 Uhr, im „Anker“, Helenenstraße 5.
Würzburg. Außerordentl. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 5. März, Nachm. 3 Uhr, in der „Blauen Glocke“.
Weißenfels. Oeffentl. Vers. Dienstag, 3. März, Nachm. 4½ Uhr, in der „Centralhalle“, Schloßgasse. (Vortrag über „Das Recht der Gesellen auf ihre Freinacht am Osterfest“.)

Für die Redaktion verantwortlich: O. Allmann, Hamburg, Marxstraße 27. — Verlag von O. Allmann, Hamburg. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.

Bäckerbewegung im Auslande.

Das französische Bäckergewerbe.

In Paris gibt es ungefähr 2100 Bäckereien. Die Mehrzahl der Backstuben befindet sich in Kellerlokalitäten; ein großer Teil ist im Parterre, sehr viele im ersten Stockwerke untergebracht. Was ihre Unterbringung betrifft, so läßt dieselbe also, in Anbetracht dessen, daß die Kellerlokale in den alten Pariser Häusern sehr tief liegen, sehr viel zu wünschen übrig. In den Backstuben gibt es keinerlei Raum, wo die Arbeiter der Ruhe pflegen könnten. Alle Arbeiter wohnen außerhalb des Hauses und verpflegen sich selbst.

Die Zahl der Arbeiter beträgt im Durchschnitt 10 000; hiervon stehen 8000 Mann in Arbeit, 2000 sind ständig ohne Beschäftigung.

Man unterscheidet zweierlei Arten von Bäckereien, nämlich Großbrotbäcker und Wiener Bäcker.

Wie bekannt, unterscheidet sich die französische Brotform von der unseren sehr wesentlich. Sie besteht in allen Größen in Weckenform und wird nach dem Gewichte unterschieden. Die Verrechnung und Bezahlung geschieht ofenweise. Die Arbeit wird in Gruppen (Couple) versehen, welche aus zwei bis drei Personen bestehen. In den kleinen Bäckereien ist nicht selten nur ein einziger Arbeiter eingestellt.

Die gesetzliche Arbeitszeit ist eine zehnstündige.

Wenn zwei Mann in einer Couple arbeiten, so müssen sie pro Tag vier Oefen mit je 60 Broten zu zwei Kilogramm herstellen, was eine Zeit von 6 bis 7 Stunden beansprucht. Für diese vier Oefen täglich werden einer Couple wöchentlich 45 bis 49 Franken per Mann bezahlt. Nach jedem weiteren Ofen 1 Frank.

Es wird natürlicherweise auch kleineres Gebäck und auch Luxusbäckerei erzeugt (in 2—300 Backstuben.) Für hundert Stück werden 50 Zentimes Arbeitslohn bezahlt.

Für eine Couple von drei Mann gelten dieselben Lohnbedingungen pro Kopf. Der Unterschied besteht darin, daß eine solche Gruppe täglich sechs Oefen bedient.

Abgesehen von der zehnstündigen Arbeitszeit erfordert eine solche Couple eine tägliche Ueberarbeit, wodurch Wochenlöhne von 90 Franken erzielt werden.

Zu erwähnen ist, daß den unter solchen Umständen arbeitenden Kollegen täglich 1 Kilo Brot und 20 Zentimes als Getränkezuschuß (Trinkgeld) ausgefolgt werden.

Das in neuerer Zeit in Paris in Mode gekommene verschiedene größere und kleinere Luxusgebäck wird von den sogenannten „Wiener Bäckern“ hergestellt. Diese Bäcker stehen mit den Brotbäckern in keinerlei Verbindung, ebensowenig wie die Zuckerbäcker.

In größeren Backstuben sind mehr, in kleineren weniger solcher „Wiener Bäcker“ beschäftigt. Es gibt kleine Backstuben, wo nur ein einziger Arbeiter derartiges Gebäck herstellt. Sie arbeiten nicht in Gruppen und werden in zwei Abteilungen gesondert, nämlich in Kneter und Ofenarbeiter. Der Lohn beträgt bei einer täglichen Arbeitszeit von elf Stunden für den Kneter 40—60, für den Ofenarbeiter 60—80 Franken pro Woche, außerdem ein Kilo Brot und 20 Zentimes Getränkezuschuß pro Tag.

Der Pariser Bäckerarbeiter bewegt sich in allen bürgerlichen Kreisen und genießt überall dieselbe Wertschätzung wie der Bäckermeister. In der Backstube verrichtet der Gehülfe niemals solche Dienstleistungen, wie z. B. Mehl- oder Holzzutragen.

Die Expedition des Gebäcks zur Kundschaft wird von eigens zu diesem Zwecke angestellten Gebäcksausträgerinnen besorgt. Diese Frauen tragen das Gebäck auch zu der Privatkundschaft, welche aber immer nur die Abnehmerin des Meisters verbleibt und nicht auf eigene Rechnung durch die Gebäcksausträgerin übernommen werden kann.

Die Arbeitsvermittlung geschieht in privatem Wege durch die „Bureaux de placement“. Die Vormerkungsgebühr beträgt hier 10 Frks., für jede Einstellung 10 Frks., für Aushülfe pro Tag 1 Frank, für Aushülfe auf eine Woche oder länger 10 Frks.

Dieser Platzvermittlungstarif existiert jedoch nur auf dem Papiere, denn in Wirklichkeit werden manchmal für einen anständigen Arbeitsplatz 50 Franken und auch mehr bezahlt.

Die Organisation ist schlecht, weil der Zusammenhalt fehlt.

Vor einigen Wochen gab es hier eine Lohnbewegung unter den Großbrotbäckern.

Es wurden folgende Forderungen aufgestellt:

Lohnminimum 49 Franken, ferner 50 Zentimes für die Reinigung der Backstube pro Tag, ein Kilo Brot und den üblichen Getränkezuschuß von 20 Zentimes. Diese Forderung griff durch.

Die Zeitungen befaßten sich sehr eingehend mit dieser Lohnbewegung und standen insgesamt auf Seite der Gehülfenschaft. Von Seite der Bäckerarbeiter entwickelte Mr. Bousquet, der Sekretär der Gehülfenvereinigung, ein außerordentlich geistreicher Mann und vorzüglicher Redner, sein Talent. Herr Bousquet ist ein einfacher Arbeiter, dem gegenüber sich die Blätter besonders respektvoll erweisen.

Jahresbericht des Fachvereins der Bäcker Böhmens. Der letzten Nummer des „Potravodelnik“ war als Beilage der Jahresbericht des obigen Fachvereins beigefügt, dem wir folgende Daten entnehmen: Die wegen der obligatorischen Abnahme des Fachblattes notwendig gewordene Erhöhung des Wochenbeitrages von 20 auf 25 H. im Laufe des Jahres hatte keineswegs einen Rückgang der Mitgliederzahl, wie vielfach prophezeit wurde, zur Folge, sondern es ist eine effektive Steigerung der Mitgliederzahl am Jahresschlusse zu verzeichnen. Anfang des Jahres 1902 zählte der Fachverein 574 Mitglieder, beigetreten sind bis zum 31. Dezember 268. Ausgetreten, verfallen, zum Militär eingerückt oder abgereist sind im Laufe des Jahres 166, so daß am Jahresschluß 677 Mitglieder verbleiben. Von diesen entfallen auf Prag 576, Brüx 30, Laun 19, Pilsen 20, Schlan 18 und Kladno 14 Mitglieder. Arbeitslosenunterstützung wurde an 129 Mitglieder im Betrage von 3376.60 Kr. ausbezahlt. Aktiv hat sich der Fachverein bei der Arbeiterausstellung beteiligt und der ausgestellten Statistik des Fachvereins wurde das Ehrendiplom zugesprochen. Die Ignorierung der Arbeiterschutzgesetze von seiten der Unternehmer und die Laxheit der Behörden bei den gemachten Anzeigen wurden in einem offenen Schreiben an die Statthalterei geschildert; zugleich diente dieses gesammelte Material zu einer Interpellation im Reichsrate, welche vom Gen. Hybes eingebracht wurde. Sehr wichtig für die weitere Organisationsarbeit war der Beschluß des Verbandstages, den Sitz des Lebensmittelarbeiterverbandes von Wien nach Prag zu verlegen, da nun die Organisationen aller Lebensmittelarbeiter Böhmens auf einem gefestigten Boden vorwärts schreiten können. In Verbindung steht der Fachverein mit dem Verbande der Bäckerarbeiter Oesterreichs und dem Deutschlands, wie auch mit der Bäckerorganisation Ungarns. Der Rechenschaftsbericht weist folgende Ziffern auf:

Einnahmen.

Für Einschreibegebühr und Mitgliedsbücher	Kr.	221.90
„ Wochenbeiträge	„	3712.35
„ Verband und Gewerkschaftskommission	„	908.04
„ Spenden	„	358.24
„ Zinsen	„	45.97
„ Bibliothek und Zeitschriften	„	806.96
„ Ueberschüsse der Feste	„	478.03
Summa	Kr.	6531.49
Kassenbestand vom 1. Januar 1902	„	1529.23
Gesamtsumme	Kr.	8060.72

Ausgaben.

An Arbeitslosenunterstützung	Kr.	3376.60
„ diverse Reiseunterstützung	„	18.—
„ Fachblatt	„	756.30
„ Verband und Gewerkschaftskommission	„	908.04
„ Bibliothek und Zeitschriften	„	146.28
„ Agitation und Verwaltung	„	372.93
„ Lehrmittel	„	25.44
„ Arbeiter-Akademie	„	48.—
„ Gehalt	„	712.—
Summe	Kr.	6362.99
Kassenbestand am 31. Dezember 1902	„	1697.73
Gesamtsumme	Kr.	8060.72

Aus dieser sehr gekürzten Wiedergabe des Berichtes geht reichlich hervor, daß die Gewerkschaftsbewegung immer mehr Boden unter den Bäckerarbeitern Böhmens gewinnt.

Der sechste Kongreß unsers schwedischen Bruderverbandes fand am 4. 5. und 6. Februar im Stockholmer Volkshaus statt. Anwesend waren 47 Delegierte neben dem Verbandsvorstand und zwei Vertreter der dänischen Bruderorganisation. Auf den Geschäftsbericht werden wir in einer späteren Nummer unsers Blattes zurückkommen. Hier sei nur erwähnt, daß der Verband ununterbrochen vorwärts gegangen ist während der beiden letzten Jahre, trotz der schweren Kämpfe, die während einer schweren wirtschaftlichen Krisis im Lande geführt werden mußten, dank den löblichen Versuchen des Unternehmertums, die Organisation der Bäckereiarbeiter während der Krisis zu zerstören, welches ihnen jedoch nicht gelungen ist. Von den gefaßten Beschlüssen sind in erster Linie folgende zu nennen: Der Beitrag zur Verbandskasse wurde auf 50 Oere pro Mitglied und Monat festgesetzt, die auf die Administrations- und die Kongreßkasse entfallen. Ferner sind pro Monat und Mitglied weitere 50 Oere für die Streikkasse zu leisten. Der Beitrag für die Unterstützungskasse wurde auf ebenfalls 50 Oere pro Mitglied und Monat festgesetzt. Ein Antrag auf gänzliche Auflösung der Unterstützungskasse wurde mit großer Majorität abgelehnt. Der Beitrag für weibliche Mitglieder wurde auf 50 Oere pro Monat und Mitglied festgesetzt. Die Mitgliedschaft weiblicher Mitglieder in der Unterstützungskasse soll für die Folge eine fakultative sein, mit derselben Beitragshöhe, wie für männliche Mitglieder. Wegen restierender Beiträge sollen für die Folge Mitglieder nicht ausgeschlossen werden, sondern als passive Mitglieder gebucht werden. Zur weiteren Erlangung der aktiven Mitgliedschaft haben dieselben jedoch ihre gesamten Schulden zum Verbande nachzuzahlen. Ein Antrag auf Verlegung des Gesamtvorstandes nach Stockholm wurde abgelehnt nach längerer Debatte und bleibt also das bisherige Verhältnis bestehen, wonach der Vorstand sich aus Mitgliedern der verschiedensten Landesteile zusammensetzt und nur der geschäftsführende Ausschuß seinen Sitz in Stockholm hat. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren in erster Linie „die zukünftige Taktik des Verbandes“ gegenüber den verschiedenen Organisationen, als Arbeitgeberorganisationen, Landesorganisation der Gewerkschaften, der skandinavische Verband und schließlich die sozialdemokratische Arbeiterpartei. Ferner nahm der Verband Stellung zu der Arbeitsnachweisfrage, der Genossenschaftsbewegung, der Invalidenversicherung u. a. m. Wir werden nach dem Erscheinen des offiziellen Protokolls auf die diesbezüglichen Beschlüsse zurückkommen. E. Br.

Budapest, 18. Februar. Die Bäckermeister hielten heute eine Versammlung ab, in welcher über Angelegenheiten, die die Bäckergehülfen betrafen, beraten wurde. Letztere erhielten hiervon Kenntnis und wollten in den Sitzungssaal eindringen. Es entstand ein wüster Lärm und es wurde die Polizei benachrichtigt. Inzwischen schlossen sich ausständige Schuhmachergehülfen den Bäckergehülfen an. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Zehn Verhaftungen wurden vorgenommen. In den umliegenden Straßen, deren Geschäfte geschlossen wurden, patroullieren Posten von Polizisten. Gegenwärtig (9 Uhr Abends) herrscht Ruhe.

Die Streikbewegung der italienischen Bäckergehülfen. Der Minister für Gewerbe und Ackerbau hat vor kurzem eine Statistik über die italienischen Streiks von 1892—1900 veröffentlicht. An dieser Streikbewegung sind die italienischen Bäckereiarbeiter in folgender Weise beteiligt: Die Mehl-, Brot- und Paste- (Maccaroni 2c.) Fabrikation hatte 25 Streiks mit 5178 Streikenden zu verzeichnen. Darunter marschieren an erster Stelle die Jahre 1896 mit 4 Streiks und 1503 Gehülfen; 1898: 5 Streiks mit 1319 Betheiligten und 1897: 6 Streiks mit 1045. Da in den 9 Jahren insgesamt 1810 Streiks gezählt wurden, so entfallen auf das Bäckereigewerbe doch nur 1,38 pZt. Was die Streikobjekte anlangen, so wurden 17 zur Herbeiführung höherer Löhne, einer um die Verkürzung der Arbeitszeit, 3 zur Abwehr gegen Lohnverkürzung und 4 um verschiedene Zwecke geführt. Die Ausstände waren ausnahmslos von nur geringer Dauer: 14 waren in 3 Tagen, 10 in weniger denn 10 Tagen beendet und nur 1 dauerte über diese Zeit hinaus. Der Verlauf war für die Arbeiter günstig in 11, teilweise günstig in 7 und ungünstig in 7 Fällen. In die Statistik mit aufgenommen sind auch die bei Streiks vorgekommenen Vergehen und Gewalttätigkeiten. Bei den 383 Streiks, die im Jahre 1900 gezählt wurden, kam es in 22 Fällen, also in 6 pZt. zu Gewalttätigkeiten, aber in den meisten Fällen sind diese nur von geringer Bedeutung gewesen. An den 22 Fällen sind die Bäcker mit 2 beteiligt: in beiden Fällen handelt es sich um Vergehen gegen die Freiheit der Arbeit: in Neapel erfolgten während des vorigen Streiks deswegen 2 Verurteilungen zu einem Jahr Gefängnis und in Forli 6 Verurteilungen zu 50—60 Tagen Gefängnis.

Die jüdischen Bäckergesellen vom Londoner Ostend sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Diese Leute arbeiten unter den miserabelsten Arbeitsbedingungen. In einer Versammlung wurde bekannt gemacht, daß dieselben teilweise 100 aber auch 108 Stunden die Woche arbeiten mußten. Die sozialdemokratische Föderation hat es unternommen, diese Unglücklichen, meist von russisch-polnischer und galizischer Abkunft, zu organisieren. Zu einem großen Teil sind diese Arbeiter bei jüdischen Bäckermeistern des Londoner Ostend in Stellung; in 4 jüdischen Bäckereien werden allein 50 Mann beschäftigt. Diese 4 Firmen haben allerdings schon bessere Arbeitsbedingungen durchgeführt und haben sich selbst mit einer Kontrollmarke versehen, durch deren Gebrauch sie sich die bessere Kundschaft gesichert haben. Die betr. Firmen zahlen den Gewerkschaftslohn und beschäftigen ihre Leute nicht länger denn 13 Stunden pro Tag. Zwischen diesen und den kleineren Meistern ist es ebenfalls zu Differenzen gekommen. Zur Zeit schweben zwischen der Meister- und der Arbeiterorganisation Unterhandlungen um Beilegung der Differenzen. Die Arbeiter stellen folgende Forderungen: Die Unternehmer dürfen nur Gewerkschaftsleute beschäftigen; die Woche hat nur 6 Arbeitstage; eine Schiedskommission wird eingesetzt, welche über die Differenzen zwischen Unternehmer und Arbeiter zu entscheiden hat; an Lohn wird beansprucht: Erstklassige Leute 40 ℳ pro Woche, zweite Kräfte 28 ℳ, dritte 26 und vierte 25 ℳ die Woche.

Unsere Pariser Berufsgenossen halten zur Zeit in allen Stadtteilen Versammlungen ab, um die Organisation zu stärken. Dieser Tage fand eine von 500 Bäckergehülfen besuchte Versammlung in der Arbeitsbörse statt, nachdem einige Tage vorher eine solche im Stadtteil Montmartre, die von 600 Personen besucht war, getagt hatte. Eine Resolution, in der sich die Anwesenden zum Beitritt erklären und Grüße an die belgischen, deutschen und italienischen Bäckereiarbeiter-Organisationen entboten werden, fand einstimmige Annahme. Auch die Brotausträger und Austrägerinnen sollen demnächst in besondere Sektionen organisiert werden.

Die Lohnbewegung der Bäcker in Amsterdam. Die Amsterdamer Bäckermeister haben die Forderungen der Gesellen abgelehnt, sich aber bereit erklärt, den Lohntarif von 1900, wonach die Wochenlöhne 13, 14 und 15 Gulden bei 78 Stunden Arbeit betragen, von neuem anzuerkennen. Am Sonnabend und Sonntag wurden in zwei Bäckerversammlungen 590 Stimmen für Arbeitsniederlegung, 126 dagegen abgegeben, außerdem 27 weiße Zettel. Der Vorsitzende erklärte, daß er auf Grund dieser Abstimmung den Streik nicht proklamieren könne, da die Föderation der Bäckerorganisationen beschlossen habe, nur dann die Verantwortung zu übernehmen, wenn sich zwischen 700 und 800 Mitglieder für den Streik erklärten. Die Versammlung beauftragte dann die Vorstände der föderierten Organisationen, zu erwägen, ob es zweckmäßig ist, mit den Meistern Verhandlungen anzuknüpfen.

Ueber die Bewegung unsrer Kollegen in Amsterdam entnehmen wir noch unserm holländischen Bruderblatt „De Bakkersbode“: Das Komitee, welches die Bewegung leitete, hatte beschlossen, nur dann den Streik zu proklamieren, wenn sich mindestens 800 Kollegen in der ausschlaggebenden Versammlung für den Streik durch ihre Abstimmung erklären würden.

Vor der Versammlung hatte das Komitee noch die Arbeitgeber zu Verhandlungen eingeladen, aber von 300 Meistern waren nur 8 erschienen, von welchen sich noch einige gegen die Forderungen erklärten. Die Korporation der Arbeitgeber erließ ein Flugblatt, in welchem sie in der schmutzigsten Weise die Gesellen und deren Leitung beschimpften. Die Innung „Voorsorg“ sandte dem Komitee ein Schreiben, in welchem sie anbot, auf folgender Grundlage zu verhandeln: Pro Woche 2 Gulden Lohn weniger und 8 Stunden Arbeitszeit mehr, als was von den Gesellen gefordert war. Das Komitee betrachtete dieses Angebot als eine Verhöhnung der Gesellen und lehnte ab, mit den Meistern auf dieser Basis zu verhandeln, denn das Angebot ging tatsächlich unter die bisher bestehenden Verhältnisse herunter. In der nun folgenden Versammlung machte der Vorsitzende auf den Ernst der Lage aufmerksam und ersuchte die etwa noch zweifelnden Kollegen, lieber gegen als für den Streik zu stimmen. Es wurden 602 Stimmzettel für und 126 gegen den Streik abgegeben, 27 weiße und 4 ungültige Stimmzettel, und nach der Zahl der Anwesenden wurde festgestellt, daß sich 80 Kollegen garnicht an der Abstimmung beteiligt hatten. Enttäuscht war die Versammlung, als der Vorsitzende im Auftrage des Komitees jetzt erklärte, den Streik nicht proklamieren zu können. Nachdem sich die Versammlung beruhigt, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung gibt dem Komitee ihr Vertrauen kund und beauftragt dasselbe, alle Mittel anzuwenden, um unsre berechtigten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Die Versammlung verpflichtet sich, die gefaßten Beschlüsse hochzuhalten und durchzuführen!“ — Damit wäre der Streik nur auf günstigere Zeit vertagt und ist immerhin noch mit einer plötzlichen Arbeitsniederlegung zu rechnen. Unsre deutschen Kollegen werden gut tun, vorläufig Amsterdam zu meiden.

Aus Cadix (Spanien), wo neben den Arbeitern verschiedener Berufe auch die Bäcker sich im Streik befinden, wird gemeldet, daß die Bäckerläden geschlossen gehalten werden und sich in der Stadt wie auf den im Hafen liegenden Schiffen bereits Brotmangel fühlbar bemerkbar macht.

Ueber die Entwicklung der Gewerkschaften in Neu-Süd-Wales im Jahre 1902 bringt das australische Arbeiterblatt „The Worker“ eine Uebersicht, aus der wir folgendes entnehmen: Im Laufe des Jahres wurden dem Arbeitsrat 20 neue Gewerkschaften angeschlossen, so daß demselben jetzt 60 Unionen mit 50 bis 60 000 Mitgliedern angehören. Die größeren Gewerkschaften, wie die der Seeleute, Hafenarbeiter, Ziegeleiarbeiter, Metall- und Holzarbeiter, Maschinenbauer, Eisenbahner, usw. haben alle an Mitgliedern zugenommen; neu gegründet wurden die Gewerkschaften der Hutmacher, Tabakarbeiter, Böttcher, Handlungsgehülfen, Müller, Handelshülfsarbeiter, Bürstenmacher usw. Wie in Neu-Süd-Wales, so seien die Gewerkschaften der ganzen Kolonie in starkem Wachstum begriffen; insgesamt seien etwa 250 000 Arbeiter in Australien organisiert. Ueber die Tätigkeit des englischen Sozialisten Tom Man, der bekanntlich vor mehreren Monaten nach Australien ausgewandert ist, äußert sich der Bericht in sehr anerkennender Weise. Tom Man entfalte eine umfassende und durchgreifende Agitation, besonders auch unter den Frauen. Es folgen dann Angaben über die einzelnen Berufe.

aus denen ersichtlich ist, daß in der That fast alle Gewerkschaften im letzten Jahre an Mitgliedern zugenommen haben. Besondere Fortschritte machte auch die Organisation unseres Berufes, welche Ende 1902 eine Mitgliederzahl von 800 erreichte. Im Laufe des Jahres hatten die Bäckereiarbeiter einen Kampf gegen eine Anzahl Meister zu bestehen, welche versuchten, den Lohn herabzudrücken. Ein allgemeiner Boykott hatte hier die gewünschte Wirkung. Drei neue Zahlstellen wurden im Laufe des Jahres gegründet.

Genossenschaftliches.

Der Allgemeine Konsumverein Halle-Trotha hielt am 8. Februar seine ordentliche Generalversammlung ab, in der Herr Geschäftsführer Banse den Geschäftsbericht für das abgelaufene zehnte Geschäftsjahr erstattete. Demnach betrug der Umsatz 410 767 ℳ, was ein Mehr von 22 690 ℳ gegen dieselbe Zeit des Vorjahres bedeutet. Der Reingewinn beträgt nach reichlichen Abschreibungen 57 294 ℳ. Es wurde beschlossen, eine Rückvergütung von 13 Prozent zu verteilen. 2000 ℳ wurden dem Reservefonds und 1491 ℳ dem Dispositionsfonds zugeschrieben. Das verhältnismäßig günstige Geschäftsresultat ist hauptsächlich der eigenen Bäckerei zu verdanken. In derselben wurden für 108 161 ℳ Backwaren hergestellt.

Der Warenverteilungsverein Ehrenfriedersdorf hielt am 15. Februar eine Generalversammlung ab, die mit einer Waren-Ausstellung verbunden war. Die Ausstellung verfolgte den Zweck, die Waren des Konsumvereins mit denen der Konkurrenz zu vergleichen. Die gut arrangierte Ausstellung wurde namentlich von den Frauen der Mitglieder stark frequentiert und hörte man überall nur lobende Anerkennung für die Waren des Konsumvereins. Einschließlich des Bäckereiumsatzes hatte der Verein in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1902 einen Gesamtumsatz von 54 621 ℳ. Die gut eingerichtete Bäckerei hat sich vortrefflich bewährt. Vorstand und Aufsichtsrat hatten sich bei Errichtung derselben das Ziel gesteckt, den Mitgliedern gutes und billiges Brot zu schaffen und weniger auf hohe Ueberschüsse zu sehen. Die Gegenüberstellung der Backwaren des Vereins mit denen der Konkurrenz bewies denn auch, daß das Brot des Konsumvereins bedeutend größer und billiger sei, als das der Konkurrenz. Dadurch wurde der Beweis geliefert, daß die Einwendungen, die oftmals gegen die Eigenproduktion der Konsumvereine gemacht werden, indem behauptet wird, die Konsumvereine könnten mit der Privatkonkurrenz nicht gleichen Schritt halten, da ein Verein keine Lehrlingszüchterei betreiben könnte und auch den Arbeitern eine anständige Entlohnung zu teil werden lassen müßte, nicht zutreffend sind.

Die Berliner Genossenschaftsbäckerei, die älteste hierselbst, die seiner Zeit das Erbe einer verkrachten Genossenschaftsbäckerei antrat, hat im letzten Geschäftsjahr 1902 einen Reingewinn von 17 005.22 ℳ zu verzeichnen. Die Aktiven weisen 25 145.29 ℳ auf, dem stehen Passiven gegenüber: Geschäftsanteile 85 ℳ (17 Mitglieder à 5 ℳ), Reservefonds 30 ℳ, 8025.07 ℳ alter Gewinnvortrag und 17 005.22 ℳ neuer Gewinn, d. h., das Einlagekapital verzinste sich mit 20 000 % und da nur 17 Mitglieder vorhanden (neue werden nicht mehr aufgenommen), so hatte jedes Mitglied 1000.30 ℳ im Jahre verdient. Der Geschäftsanteil beträgt 5 ℳ.

Der Backverein im Plauenschen Grunde hielt am 15. Februar eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der Statutenänderung zu befassen hatte. Als Grund der Abänderung des § 1 wurde bemerkt, daß dieses infolge einer Anzeige geschähe. Der Verein sei im Jahre 1867 gegründet, 1889 habe man die Statuten geändert, da sei der Passus mit vermerkt, der Verein bezwecke die Herstellung billigen und guten Brotes zum Verkauf an seine Mitglieder und deren Vertreter. In der Praxis habe man aber das Brot auch an Konsumvereine, an Private und an die Bezirksanstalt Sachsenhausen geliefert, deshalb sei nun von Deutschen Bäckermeistern Anzeige erstattet worden. Die Königliche Amtshauptmannschaft Dresden A habe den Vorstand aufgefordert, die Statuten abzuändern, weil der Verein andere Zwecke als im Statut angegeben, verfolge. Es wurde einstimmig beschlossen, die Statuten dahingehend umzuändern, daß es heißt: Der Verein bezweckt die Herstellung guten und billigen Brotes, zum Verkauf an jedermann. Von Herrn Morgenstern war zu der Statutenänderung der Antrag eingebracht, die Genossenschaft, welche noch mit unbeschränkter Haftpflicht eingetragen ist, in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht umzuwandeln; der Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Ein Antrag der Verwaltung, die Haftsumme auf 50 ℳ festzusetzen, wurde nach sehr erregter Debatte abgelehnt; ein anderer Antrag, die Haftsumme wie den Mitgliederanteil auf 15 ℳ festzusetzen, wurde mit 30 gegen 27 Stimmen angenommen.

Der Konsumverein Forst i. L. erstattet seinen Bericht über das 37. Geschäftsjahr, das bei einem Umsatz von 721 589 ℳ einen Reingewinn von 18 729 ℳ aufweist. Es gelangen 5 Prozent Kapital- und 11 Prozent Warendividende zur Verteilung. In der eigenen Brotbäckerei wurden im Berichtsjahre 210 246 Stück Brote hergestellt gegen 202 119 im Vorjahre!

Im Jahresbericht der Produktivgenossenschaft der Bäckereiarbeiter „Vorwärts" in Hamburg führt die Verwaltung u. A. aus:

„Die diesjährigen Bücherabschlüsse lassen erkennen, daß unsere Genossenschaft, trotz Ungunst der allgemeinen Verhältnisse, sich vorteilhaft weiter entwickelt und konsolidiert hat.

Die Umsätze und der Reingewinn haben sich, wie aus der weiter unten folgenden vergleichenden Tabelle ersichtlich ist, abermals gesteigert und der innere Betrieb wurde wesentlich rationeller gestaltet, indem Maschinen teils neu eingestellt, teils verbessert wurden. Außerdem erhöhte sich der Pferdebestand von 10 auf 12. Besonders erwähnenswert ist die Neueinstellung einer Teigknetmaschine und eines Elektromotors für die Weißbäckerei. Die durchgreifendste Reform aber dürfte in der von uns ebenfalls im Berichtsjahre eingeführten achtstündigen Arbeitszeit liegen. Im Anfang erforderte die Achtstundenschicht allerdings eine kleine Personalvermehrung um zwei Grobbäcker und einen Weißbäcker. Aber schon nach kurzer Zeit ist diese Vermehrung durch intensivere Leistungen und gesteigerten Absatz reichlich ausgeglichen worden, und da früher dem Weißbäckerpersonal der dritte Expedient entnommen wurde ohne Verminderung, so ist eine eigentliche größere Belastung des Unkostenkontos nicht eingetreten, und wir können die bereits anderwärts gemachte Wahrnehmung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit neben allen Vorteilen für den Arbeiter auch für den Betrieb nur nützlich ist, bestätigen.

Der Grundbesitz der Genossenschaft wurde ebenfalls erweitert und das anstoßende, z. Zt. noch unbebaute Terrain Frankenstr. 12—14 für zirka 80 000 ℳ erworben. Dies geschah, um der Genossenschaft für eventuelle spätere Ausdehnung den Platz zu sichern. Bis zum 1. Oktober 1903 ist das Terrän als Lagerplatz vermietet, später aber werden wir ihn zum größeren Teil mit guten komfortablen kleineren und mittleren Wohnungen bebauen lassen, um damit unseren bescheidenen Anteil an der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse beizusteuern. Hoffentlich finden wir zu diesem letzteren Vorhaben die Unterstützung der Versicherungsanstalt der Hansestädte.

Um den Brotkonsumenten entgegen zu kommen, entschlossen wir uns, das Brotgewicht zu erhöhen, so daß wir seit dem verflossenen Herbst mit einigen anderen Brotfabriken das größte Brot liefern.

Bezüglich der Verwendung des vorjährigen Reingewinnes sei mitgeteilt, daß wir der Weißbrotkundschaft eine einprozentige Einkaufsprämie gaben. 2000 ℳ wurden ausgesetzt zur Erwerbung eines Geschäftsanteils an einer Gesellschaft zum Bau eines Gewerkschaftshauses in Hamburg. Zur Unterstützung hülfsbedürftiger Berufsgenossen wurden dem Bäckerverband, Mitgliedschaft Hamburg, 500 ℳ und dem Conditorenverband 100 ℳ, zur Unterstützung von notleidenden Familien organisierter Arbeiter dem Arbeiterfrauenbund 500 Mark überwiesen. Zum selben Zweck wurden dem Arbeiterfrauenbund einige Hundert Brotkarten zur Verfügung gestellt. Dem Unterstützungsfonds der Genossenschaft wurden 3000 ℳ zugewiesen. Das Personal der Genossenschaft erhielt für jede im Jahre 1901 geleistete Arbeitswoche 1 ℳ, bis zum Höchstbetrage von 50 ℳ pro Jahr als Gratifikation. Die von der Generalversammlung hierfür beschlossene Summe belief sich auf 1716 ℳ.

Es wurden im Berichtsjahre verbacken bezw. verbraucht: 9490 Sack Weizenmehl, 7030 Sack Roggenmehl, 78 Sack Gries, 32 845 kg Butter und Schmalz, 15 380 kg Hefe, 15 800 kg Zucker, 1931 kg Rosinen, 1025 kg Korinthen, 160 kg Succade, 850 kg Marzipan, 975 kg Kartoffelmehl, 740 kg Puder, 330 kg Mandeln, 251 Sack Salz, 2943 kg Oel, 8080 kg Syrup, 97 Eimer Marmelade, 93 119 Liter Milch, 922 Schock Eier, 812 Flaschen Eiweis und für 1316 ℳ Gewürze, Farben 2c.

Jahr	Gesamtumsatz	Davon Baarumsatz	Auf Weißbrotbäckerei und Konditorei entfallen	Reingewinn
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1895	110 121.26	—	—	79.43
1896	144 776.30	—	—	231.98
1897	140 920.53	—	—	61.41
1898	236 785.46	—	—	6 933.08
1899	267 976.31	—	—	15 099.58
1900	332 741.25	99 116.21	107 095.50	5 716.13
1901	454 489.32	136 007.18	113 145.60	16 845.34
1902	533 289.07	146 066.82	122 411.28	20 746.65
	2 221 099.50	381 190.21	342 652.38	65 713.60

Die Bäckerei beschäftigte am Schlusse des Jahres 44 Personen: 2 Vorstandsmitglieder: 1 à 2000 ℳ und freie Wohnung im Werte von zirka 300 ℳ; 1 à 2000 ℳ pro Jahr. 3 Expedienten: 1 à 29 ℳ, à 26 ℳ pro Woche. 12 Grobbäcker: 6 à 26 ℳ, 3 à 27 ℳ, 3 à 29 ℳ pro Woche. 12 Weißbäcker: 7 à 26 ℳ, 1 à 27 ℳ, 2 à 28 ℳ, 2 a 29 ℳ pro Woche. 2 Conditoren: 1 à 26 ℳ, 1 à 29 ℳ pro Woche. 10 Kutscher: 4 à 26 ℳ, 1 à 28 ℳ pro Woche, ferner 5 à 15 ℳ pro Woche und 2 % Umsatzvergütung. 1 Verkäuferin mit 16 ℳ pro Woche. 1 Scheuerfrau mit 3 ℳ pro Tag. 1 Buchhalter mit 6 ℳ pro Tag.

Im Dezember waren ständig 5 Aushülfsbäcker beschäftigt und wurden im Januar 1903 2 Weiß- und 2 Grobbäcker neu hinzu eingestellt.

Der Genossenschaft sind im Berichtsjahre 12 neue Mitglieder beigetreten, so daß sie am Jahresschluß 60 Mitglieder zählt (nur Bäcker und Conditoren). Die Bilanz stellt sich vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung folgendermaßen:

Aktiva.

			ℳ
Kassen- und Bankbestand am 1. Januar 1902			3 133.65
Depot-Gaswerke	ℳ 200.—		
Geschäftsanteil bei der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine (G. m. b. H.)	„ 318.—		518.—
Inventar-Konto	ℳ 38 290.33		
÷ 5 % Abschreibung ℳ 1914.51			
÷ Abschreibung weiterer von der Generalversammlung noch zu genehmigender 20 % ℳ 7658.06	„ 9 572.57	28 717.76	
Pferde-Konto	ℳ 4 861.63		
÷ 25 % Abschreibung	„ 1 215.45	3 646.18	
Gebäude-Konto	ℳ 138 325.30		
÷ 1 % Abschreib. ℳ 1383.25			
÷ Abschreibung weiterer von der Generalversammlung noch zu genehmigender 4 % ℳ 5533.—	„ 6 916.25	131 409.05	
Grundstücks-Konto.			
Frankenstraße 10	ℳ 54 625.—		
do. do. 12—14	„ 78 506.83	133 131.83	
Warenbestand am 31. Dez. 1902	ℳ 9 903.35		
Futter- und Feuerungsvorräte am 31. Dezember 1902	„ 657.50	10 560.85	
Außstehende Forderungen	ℳ 25 154.45		
Davon als unsicher abgeschrieben 10 %	„ 2 515.44	22 639.01	
		Summa ℳ	333 756.33

Passiva.

			ℳ
Geschäftsanteil-Konto			710.—
Reservefonds-Konto			28 013.48
Darlehens-Konto			40 066.51
Unterstützungsfonds-Konto	ℳ 4 692.60		
do. Zinsen pro 1902	„ 173.61	4 866.21	
Hypotheken-Konto:			
Grundstück Frankenstraße 10	ℳ 155 000.—		
do. do. 12—14	„ 60 000.—	215 000.—	
Warenschulden	ℳ 16 072.25		
Noch zu zahlende Unkosten	„ 1 548.09	17 620.34	
Gewinnvortrag von 1901	ℳ 6 733.14		
Reingewinn pro 1902	„ 20 746.65	27 479.79	
		Summa ℳ	333 756.33

Aus den Mitgliedschaften.

Hamburg. Die Sektion der Grobbäcker hielt am 22. Februar eine Versammlung mit Radau und Krach ab, die unter Organisierten nur vereinzelt dastehen dürfte. Arbeitersekretär Ph. Müller hielt einen Vortrag über das Koalitionsrecht, wie es gebraucht und mißbraucht, hervorhebend, daß es ein Unterschied wäre, wenn Arbeiter sich vereinigen, um eine bessere Lebenslage zu erlangen oder Arbeitgeber sich koalieren, um Tausende von Arbeiter durch Aussperrung brotlos zu machen. Durch Besserstellung der Arbeiter ziehe Handel und Wandel Vorteile für sich. Dagegen seien die Arbeitgebervereinigungen meist gemeingefährlich, indem sie Arbeiter mit ihren Familien dem Hunger preisgeben. Aber auch aus unsern eigenen Reihen sei das Koalitionsrecht oft mißbraucht und gefährdet, indem Männer der Arbeit, die in erster Reihe gekämpft, nicht immer ihre persönliche Meinung der Mehrheit unterordnen, sondern glauben, ihnen sei Unrecht geschehen und, um erstere durchzudrücken, mit allen bedenklichen und unlauteren Mitteln arbeiten. Hegemann findet, man hätte statt des Referats lieber die Streitigkeiten in unsern Reihen auf die Tagesordnung setzen sollen. Die Absicht, mit einem Referenten die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, schimmere doch gleich durch und wäre auch vollständig mißlungen. Der Referent verwahrt sich im Schlußwort dagegen, daß er gekommen sei, um in unsre Verhältnisse einzugreifen; als der Ruf an ihn erging, glaubte er, seine Pflicht zu tun, um zur Aussöhnung der Gegensätze beizutragen. Zwei Anträge von Winkel und Kluger, dahingehend, den Weißbäckern das Wort nicht zu geben, wurden zwar vom Vorsitzenden, weil dem Statut zuwiderlaufend, nicht zur Abstimmung gebracht, dafür machten aber die Krakehler einen solchen Lärm, daß es unmöglich war, zu Wort zu kommen. Folgender Antrag des Kollegen Stubbe erblickte nun das Licht der Welt: „Die heute, den 22. Februar 1903, stattfindende Grobbäcker-Sektionsversammlung beschließt, den Ausschuß des Verbandes der Bäcker über die rechtswidrigen Vorstandswahlen in Kenntnis zu setzen und ihn zu ersuchen, die stattgefundenen Vorstandswahlen 1903 saml und sonders für nichtig zu erklären und den Hauptvorstand zu veranlassen, in Hamburg Sektions-Versammlungen der Grobbäcker und Weißbäcker mit der Tagesordnung: „Wahl der Sektionsleitungen", einzuberufen. Diese Sektionsleitungen haben bis zu der Zeit die Mitgliedschaft zu leiten und zu vertreten, bis die in Magdeburg tagende Generalversammlung eine richtige Lösung dieser Frage herbeiführt." Hegemann polemisiert gegen den Vorstand, welcher ihm die Rechnung für von ihm erlassene Anzeige zugeschickt habe und stellt den Antrag, den Betrag derselben aus der Kasse zu bezahlen. Der Vorsitzende erteilt nunmehr das Wort dem Kollegen Friedmann. Es entstand jedoch ein solch wüster Lärm, daß Friedmann nur der Versammlung die Worte zurief: „Sie besitzen nicht mehr soviel Anstand, um einen Menschen ruhig anzuhören; ich verzichte aufs Wort!" Minutenlanges Gejohle folgte diesen Worten. Da die Anwesenden trotz des fortwährenden Läutens und Ermahnens seitens des Vorsitzenden nicht zu beruhigen waren, schloß letzterer die Versammlung um 4 Uhr. Jetzt sprang der Kollege Stubbe clownartig auf einen Stuhl und verkündete den Anwesenden, daß eine neue Versammlung als Fortsetzung bei Durbahn stattfinde. Infolge des rüpelhaften Betragens der Versammlung konnte über die Anträge Stubbe und Hegemann leider nicht abgestimmt werden. — (Anm. d. Red.: Die nach Stubbe „rechtswidrigen" Vorstandswahlen, welche am 25. Januar in der ordnungsgemäß einberufenen Mitgliederversammlung der Mitgliedschaft Hamburg vorgenommen wurden, sind auf Grund des Statuts und der Reglements, wie nach den im Anschluß an den letzten Verbandstag in gemeinsamer Sitzung des Verbandsvorstandes mit den Vorständen der Mitgliedschaften Hamburg und Altona getroffenen Abmachungen, daß Vorstandswahlen nur in gemeinsamen Mitgliederversammlungen vorgenommen werden können, ordnungsgemäß erfolgt und vom Verbandsvorstand bestätigt. Nach Stubbe und dessen Genossen sind sie aber „rechtswidrig", weil er mit diesen in der Versammlung mit zirka 20 gegen 115 Stimmen unterlag!)

In **Hildesheim** war zur Versammlung am 15. Febr. auch der Vertreter der Mitglieder in Alfeld erschienen. Nach dem von Köhn erstatteten und von den Mitgliedern gutgeheißenen Kassenbericht wurde beschlossen, daß regelmäßig im Monat eine Mitgliederversammlung in Hildesheim und eine solche in Alfeld stattfindet, und daß zu den Versammlungen in Alfeld stets die beiden Vorstandsmitglieder Köhn und Kothe vertreten sind, dagegen zu den Versammlungen in Hildesheim Kollege Hinze-Alfeld zu erscheinen hat. Als Entschädigung für jede Fahrt der Vertrauensleute von oder nach Alfeld und Hildesheim wurden 2 ℳ festgesetzt. In 14 Tagen wird der Gauvorsitzende in Alfeld in öffentlicher Versammlung einen Vortrag halten.

Am 19. Februar fand im „Kaisersaal" zu **St. Johann-Saarbrücken** eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: „Das hiesige Sprechwesen und die Bedeutung desselben für uns Gehülfen" (Referent: Koll. Voßler); „Wie notwendig ist der Maximalarbeitstag für das Saarrevier und alle angrenzenden Länder" (Referent: Koll. Scheef). Kollege Voßler verurteilte das Vorgehen der Innung gegen die Gehülfen auf das Schärfste und legte den Kollegen in leicht verständlicher Weise klar, wie notwendig die Einigkeit unter den Gehülfen im Saarrevier ist. Zu diesem Punkt wurde folgende Resolution gefaßt: „Die heutige öffentliche Bäckerversammlung erhebt energisch Protest gegen das von der Innung errichtete Sprechwesen und verlangt, daß der Sprechmeister abgesetzt und die Arbeitsvermittelung vorläufig dem hiesigen Städtischen Arbeitsnachweis übergeben wird." Kollege Scheef führte in seinem Referat u. a. aus, daß die Backstubenrevision eine traurige zu nennen sei. Die meisten Bäckereien haben schon seit mehr als einem Jahr keinen Polizeibeamten mehr gesehen. Die Ueberarbeit kann als eine krasse bezeichnet werden. Es wurde zu diesen Ausführungen folgende Resolution beschlossen: „In Anbetracht der großen Uebertretung des Maximalarbeitstages und der sanitären Mißstände im Saarrevier, ersucht die heutige Bäckerversammlung die Verwaltungsbehörde und Gewerbeinspektion, daß in betreff der Bäckereikontrolle schärfere Maßnahmen getroffen werden, da in den meisten Bäckereien keine Kalendertafeln und Bäckereiverordnungen sind." Ueber die weisen Worte, welche der neue Handesminister Möller anläßlich der Meisterkurse in Cöln gebraucht hat, hat sich eine lebhafte Diskussion entsponnen und rufen die Kollegen des Saarreviers dem „langen Möller" zu, er möge doch einmal hierherkommen und sich in einem unsrer Musterbetriebe praktisch verwenden lassen, dann würde er bald zu andrer Ansicht gelangen.

Berichtigung.

In der letzten Nummer dieses Blattes hat sich unter der Rubrik „Aus unserem Berufe" ein Fehler eingeschlichen. Es muß in der Notiz „Zu den Bäckereimißständen" heißen: „Straßburg i. E." anstatt Nürnberg und im weiteren Verlaufe nicht „Fränk. Tagespost", sondern „Freie Presse".

Die Mitgliedschaft **Wandsbeck**, welche in der Wahlkreiseinteilung nicht genannt wurde, gehört zum **ersten** Wahlkreis.

Die Redaktion.